Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

4.2.1892 (No. 27)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Ahlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 27. Donnerstag, den 4. Februar 1892.

Rede des Abg. Schüler, die Abtretung des Rheinvorlandes an den badischen Staat betr.

(Petition der Gemeinde Altbreisach u. A. betr.)

Meine Herren! Als Vertreter der Gemeinden Breisach und Burkheim möchte ich die Petition in diesem hohen Hause befürworten und Sie ersuchen, ebenfalls in diesem Sinne Ihre Stimmen abgeben zu wollen, umsomehr, da ich fest überzeugt bin, daß uns ein nach allen Seiten gerechtfertigtes Ansuchen vorliegt.

Die Petenten verlangen nicht etwa ein Geschenk, etwas, auf das sie keinen rechtlichen Anspruch haben, sondern einfach ein, Jahrhunderte hindurch ihren Gemeinden gehöriges, durch kaiserliche Privilegien verbrieftes Eigenthum zurück. Das Eigenthum, das sie zurückverlangen, wurde ihnen im Mai 1856 trotz ihrer energischen Einsprache, ich möchte sagen, durch einen in gesetzliche Formen gekleideten Gewaltstreich entrissen. Vollständig richtig und unbestritten ist, daß die Regierung für die Rheinkorrektion große Summen verwendet und ein Werk geschaffen hat, das wirklich großartig, und für die angrenzenden Gemeinden von nicht zu unterschätzenden Vortheilen ist. Allein nicht nur aus Mitteln der Staatskasse ist dieses Werk hergestellt worden, sondern die Rheingemeinden mußten dazu einen für ihre Verhältnisse sehr großen Zuschuß von 6,029,850 Mark leisten, wobei die Stadt Breisach allein 37,784 Mark zu bezahlen hatte; nebenbei hat diese Stadt noch eine jährliche Zusatzsteuer von 1500 Mark zu entrichten. Angesichts dieser Thatsachen muß man aber doch bei aller Anerkennung der Verdienste der Regierung bei dieser Konzession zugeben, daß die Berechtigung trotz der gebrachten Opfer der Gemeinden, ihr Eigenthum hinwegzunehmen, doch zum Mindesten etwas fraglich war. Seitdem die Rheinkorrektion zum größten Theil wenigstens vollendet ist, verringern sich die Ausgaben der Staatskasse bisher bedeutend, während umgekehrt Vortheile der betheiligten Gemeinden wegfallen, resp. sich in Nachtheile verwandeln. Der Verdienst, der den diesen Gemeinden angehörenden Arbeitern durch die Korrektion zufiel, hört auf und dieser Ausfall kommt bei der außerordentlich gedrückten wirthschaftlichen Lage sehr in Betracht. Ebenso ist auch durch die Korrektion die früher sehr einträgliche Schiffahrt unmöglich geworden.

Es kommt ferner noch in Betracht, daß die Regierung nicht nur zum Schutze der betreffenden Gemeinden diese Korrektion vornahm, sondern daß es sich auch darum handelte, die Landesgrenze zwischen Baden und dem damals noch französischen Elsaß, die bis dahin wandelbar war und jedes Jahr nach den Veränderungen des Thalwegs neu bestimmt werden mußte, endlich einmal festzustellen und dauernd zu erhalten. Auch die Ueberschwemmungsgefahr wurde durch die Korrektion nicht vollständig beseitigt, denn schon einmal wurden der Stadt hinter dem Vorland ungefähr 50 Morgen des besten Waldes weggeschwemmt und statt dessen ein breiter Rheinarm zurückgelassen. Auf dem linken (elsäßischen) Rheinufer besitzt die Stadt Breisach ungefähr 800 Morgen Wald. Dieser Besitz hat nie eine Störung erfahren, weil die schon genannten Privilegien und Staatsverträge von Frankreich beachtet wurden, auch wurden niemals Flußbaubeiträge verlangt und stets prompte Entschädigung für bezogenes Baumaterial geleistet. Das durch das genannte Gesetz speziell der Stadt Breisach entrissene Gelände hat einen Flächeninhalt von 400 Morgen und da es größtentheils aus Wald besteht, ist es selbstverständlich, daß durch Entziehung dieser großen Fläche der Gemeinde ein sehr erheblicher Schaden erwachsen ist.

Die finanziellen Verhältnisse Breisachs sind trotz einer geordneten sparsamen Gemeindeverwaltung sehr ungünstig und zwar in Folge schon gehabter, sowie in nächster Zukunft bevorstehenden außerordentlicher Ausgaben. Die Stadt hat eine Schuldenlast von 100,000 Mark.

Um die dringend nöthige Restauration des alten, ehrwürdigen Münsters zu ermöglichen, gab die Stadt einen Beitrag von 24,000 Mark, da die kirchlichen Mittel trotz freiwilliger Beiträge, und obgleich die Revenüenüberschüsse der Pfarrei jahrelang zu diesem Zwecke zusammengespart wurden, nicht entfernt ausreichend waren. Ferner wurde einem dringenden Bedürfnisse entsprechend ein neues Rheinbad mit einem Kostenaufwand von 30,000 Mark erstellt. Es soll auch in den nächsten Jahren ein Schlachthaus und wahrscheinlich auch ein Schulhaus gebaut werden. Um nicht vollständig den Verkehr von ihrer Stadt ablenken zu lassen, auf den sie in Anbetracht der vielen dort wohnenden Geschäftsleute förmlich angewiesen sind, war die Stadt gewissermaßen gezwungen, für die Durchführung der neu zu erbauenden Eisenbahn auf der Strecke Rothweil—Breisach den für ihre Verhältnisse entschieden zu großen Beitrag von 100,000 Mark zu bewilligen, indem man die Durchführung bis nach Breisach von dieser Bewilligung abhängig machte; auch da wäre meines Erachtens ein größeres Entgegenkommen der Regierung sehr am Platze gewesen. Weiter ist die Stadt genöthigt, eine neue Wasserleitung herzustellen. Sie ist dazu genöthigt, weil ihr gedroht wurde, fünf Brunnen zu schließen, da das Wasser gesundheitsschädlich sei. Es ist sehr fraglich, ob bei einer Neuanlage überhaupt besseres Wasser zu bekommen ist. Die weitere Kalamität ist die, daß das Wasser auf den Berg, auf dem sich eine ziemliche Anzahl Häuser, worunter auch das Gr. Amtsgerichtsgebäude, befinden, mit Maschinen gepumpt werden muß. Auch dieses Unternehmen wird auf mindestens 100,000 Mark zu stehen kommen und dazu kommen noch die jährlichen Betriebskosten für Maschinen und Personal mit ungefähr 5000 Mark. Wie Sie aus diesen Ausführungen ersehen, meine Herren, sind die finanziellen Verhältnisse Breisachs ohne eigenes Verschulden sehr ungünstig. Wenn man sich dann noch die richtige Stellung Breisachs in früheren Jahrhunderten vergegenwärtigt, wo Kaiser und Könige in seine Mauern einkehrten und diese Stadt mit ausgedehnten Privilegien bedachten, und wenn man bedenkt, daß gerade Breisach für Deutschland schon große Opfer brachte und gar oft den ersten Anprall unserer Erbfeinde aushalten mußte, somit auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken kann, und sieht, wie es jetzt durch die großen Umwälzungen in politischer und wirthschaftlicher Beziehung, durch Eröffnung neuer Handels- und Verkehrswege, hauptsächlich durch Eingehen der Schiffahrt und Flößerei zu einem einfachen Landstädtchen herabgesunken ist, von dem man schon, ehe man nur hineinkommt, einen unglücklichen Eindruck dadurch erhält, daß eine alte Bretterhütte bis auf den heutigen Tag die Stelle eines Bahnhofs einnehmen muß, dann ist um so mehr Grund vorhanden, ihr entgegen zu kommen und ihren berechtigten Forderungen zu entsprechen.

Fast ähnlich wie in Breisach sind die Verhältnisse in Burkheim, wo die finanziellen Zustände ebenfalls keine günstigen sind. Die Gemeinde erlitt durch das genannte Gesetz einen Geländeverlust von etwas über 68 Morgen und zwar des besten und ergiebigsten Waldbodens. Dieser Verlust an Waldboden bedeutet für die Gemeinde eine jährliche Mindereinnahme von 3 bis 400 Mark, welcher selbstverständlich durch Umlage aufgebracht werden muß, und das kommt bei einer Einwohnerzahl von nur 716 Seelen schon in Betracht und vielfach sind die Burkheimer genöthigt, ihren Holzbedarf durch Zukauf gerade auf diesem Gelände decken zu müssen. Aus all' diesen Gründen, meine Herren, glaube ich, wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, den Petenten ihre Bitte zu erfüllen und ich gebe umsomehr dieser Hoffnung auf Gewährung Raum, als ja für die Staatskasse keine erheblichen Verluste erwachsen, indem die Ufergemeinden der Regierung das unbeschränkte Recht einräumen würden, ihren Holzbedarf zur Korrektion unentgeltlich von dieser Fläche zu beziehen. Ich bitte also nochmals, doch wenigstens dem Kommissions-Antrage zustimmen zu wollen.

Das Ministerium Turban und die Centrumspartei in Baden.

Rede des Abgeordneten Wacker,

gehalten in der Debatte der Zweiten Kammer über den vierten Ministerialpräsidenten (26. Januar 1892).

(Stenographischer Wortlaut.)

II.

1. Stellung des Ministeriums Turban zur nationalliberalen Partei im Allgemeinen.

Diese speciell politischen Gründe lassen sich im Allgemeinen in den Satz zusammenfassen: **Für mich ist die Regierung, die den Namen Turban trägt, zu nahe verwandt mit dem Nationalliberalismus; sie stützt und fördert denselben auf jegliche Weise, sogar mit den Mitteln der Allgemeinheit und nach meiner Ueberzeugung auch auf Kosten der Allgemeinheit.**

Die Regierung, welche den Namen Turban trägt, hat Anspruch darauf, großen unvergänglichen Dank bei der nationalliberalen Partei zu finden, denn ohne diese Regierung und ihre mannigfache Unterstützung wäre es mit dem Einfluß der nationalliberalen Partei, den sie seit 30 Jahren hat, längst zu Ende. Nur der ausgiebigen mannigfachen Hilfe dieser Regierung hat es die Partei zu danken, daß das Volk nicht längst über ihre Macht und ihren Einfluß hat zur Tagesordnung übergehen können.

2. Wie Staatsminister Turban in der Vergangenheit wiederholt den Nationalliberalismus gerettet hat.

a) Konflikt Turban-Stösser.

Es war ja diese Macht des Nationalliberalismus mehr als einmal gefährdet. Eine wichtige Periode habe ich bereits erwähnt: es war damals, meine Herren, als ziemlich offen längere Zeit der scharfe Konflikt zwischen dem Staatsminister und einem Ressortminister andauerte. Meine Herren, damals handelte es sich um die künftige Stellung der nationalliberalen Partei im Lande Baden. Wenn es damals dem Herrn Staatsminister nicht gelungen wäre, die Oberhand zu behalten über den Ressortminister, dann wäre es mit Ihnen und Ihrer Macht zu Ende gewesen; Sie haben ja den Landtag 1879/80 in vollster Ungnade sich befindend verlassen. Aus dieser wären Sie nicht herausgekommen ohne den Herrn Staatsminister.

Fieser: Das kann auch umgekehrt sein.

Wacker: Dann braucht man nur die Adressen zu wechseln. Dann aber steht die Regierung nicht einmal so da, wie sie in meinen Augen dasteht.

Fieser: Das ist Ihre Sache.

b) Haltung des Staatsministers Turban bei kirchenpolitischen Fragen.

Wacker: Das war nicht blos damals so, als es sich um den Konflikt zweier Minister handelte; das war auch bei der Behandlung kirchenpolitischer Angelegenheiten der Fall. Der Herr Staatsminister hat sich über den Artikel 4 und 1 des Gesetzes von 1888 und seine Haltung gegenüber jener Gesetzesvorlage ausgesprochen. Mir sind ganz eigenthümliche Gedanken gekommen, als ich diese Ausführung von der Ministerbank gehört habe. Auf dem Landtag 1879/80 und auf dem Landtag 1887/88 hat es sich bei den betreffenden kirchenpolitischen Angelegenheiten für die Regierung, resp. für die Spitze derselben darum gehandelt — nach meiner Ueberzeugung — „wenn denn doch einmal Etwas geboten werden muß, dann möglichst wenig. Und die Herren, welche in der Mehrheit sind, sie sollen nicht im Zweifel gelassen werden darüber, daß wir allerdings — die Kabinetsfrage nicht stellen werden, wenn sie nicht zustimmen wollen."

Der Herr Staatsminister hat schon bei ganz anderen Sachen als bei solchen Gesetzentwürfen, bei ganz geringfügigen Sachen einen großen Eifer von der Regierungsbank aus und namentlich auch in den Kommissionsverhandlungen gezeigt.

Ich dächte, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, welche zur Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche beitragen könne, dann dürften solche Angelegenheiten auch in seinen Augen als wichtig angesehen werden. Er hat auf dem Landtag 1887/88 hier in der Kammer versichert: was die Regierung damals vorgeschlagen habe, sei keineswegs das Ergebniß der Verhandlungen zwischen der Regierung und der Kirchenbehörde, sondern das habe die Regierung lediglich aus eigenem Antrieb vorgeschlagen. Diese Versicherung war wahr und nicht wahr, je nachdem man die formale Seite betont. Wenn man sagt: von Verhandlungen kann nur dann die Rede sein, wenn von beiden Seiten eigens Bevollmächtigte durch Punktationen die Sache vereinbaren, dann haben keine Verhandlungen stattgefunden. Allein der Herr Staatsminister wird nicht behaupten können, daß überhaupt keine Verhandlungen stattgefunden haben, und darum hätte er sich auch nicht so ausdrücken sollen, daß man meinen mußte, die Staatsregierung habe in keiner Weise mit der Kirchenbehörde verhandelt.

Damals hat es sich für die Spitze der Regierung darum gehandelt: wenn denn doch Etwas gegeben werden muß, dann möglichst wenig! Die Herren, welche in der Kammer darüber verfügen, sollen nicht im Zweifel sein, daß die Regierung keinen besonderen Kummer hat, wenn die Sache theilweise oder ganz abgelehnt wird. Wenn dem nicht so wäre, dann hätte der Herr Staatsminister ganz anders auftreten müssen. Und er kann uns heute nicht kommen, wenigstens nicht mit dem Anspruch darauf, daß wir von seinem Argument überzeugt werden; er kann nicht sagen: es sind so viele Gründe geltend gemacht worden, daß mir nichts mehr übrig blieb. Schon öfter haben Minister und andere Vertreter der Regierung in irgend einem Stadium der Berathung das Wort ergriffen, wo man mit Recht sagen konnte: die Sache ist erschöpft, neue Gründe können eigentlich nicht geltend gemacht werden.

3. Unterstützung der Nationalliberalen durch die Regierung bei den Wahlen.

Daß die Regierung mit der nationalliberalen Partei sehr nahe verwandt ist, das ergibt sich aber nicht blos

Im Sturme geläutert.

25) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„So," sagte endlich Charette. „Hier sind wir vor Lauschern sicher. Sprechen wir hier. Was ist die Meinung des Königs?"

„Er will durchaus keinen Bürgerkrieg."

„Das habe ich mir gedacht," meinte Lescures, „aber wie ist das anders zu machen? Wehren wir uns unserer Haut, so ist das Bürgerkrieg; wehren wir uns unserer Haut nicht, so werden wir verschlungen."

„Ich bin entschlossen, mich meiner Haut zu wehren," sagte Graf Henri. „Und es ist nicht einmal meine Haut. Die konnte ich ja feil halten. Es ist die Haut aller ehrlichen Franzosen, welche ihrem Könige die Treue halten wollen. Ich gehe auf meine Güter, und will mir bis zum Frühjahr die Leute ansehen; dann geht's los: so Gott will!"

„Halten Sie einmal Ihr Abschiedsgesuch noch in der Tasche, mein Freund," bemerkte Charette trocken. „Die Bendée läuft Ihnen so wenig, wie mir, fort. Ob das heute oder morgen geschieht, ist ziemlich gleichgültig, und wenn Sie im Nothfalle fortgingen, ohne daß es geschehen wäre, so hätte das auch nichts zu sagen."

„Wie! Graf Charette! Fahnenflüchtig!" rief Graf Henri.

„Pah!" meinte dieser ruhig und zuckte die Achseln. „Lassen wir den Streit darüber," sprach Lescures besänftigend. „Auf keinen Fall ist die Sache so eilig, daß Sie sich nicht gönnen könnten, eine Nacht darüber zu schlafen."

Graf Larochejacquelin wollte sich auf diese Verzögerung anfangs nicht einlassen, und es bedurfte des dringenden Zureden beider, bis er einwilligte, die Fassung eines Entschlusses auf den folgenden Tag zu verschieben.

VII.

Der kleine Cirkel der Königin.

Am Abende dieses Tages war kleiner Cirkel in den Gemächern der Königin. Das waren früher die Abende, an welchen sich die königlichen Salons nur einer kleinen Zahl Auserwählten öffneten, und die den ungemeinen Vorzug hatten, des bis in's Kleinste gehenden Ceremoniells zu entbehren, welches die eigentlichen großen Empfangsabende und Feste so ungemüthlich machte.

An diesen kleinen Abenden liebte es Marie Antoinette, statt der Königin nur die Dame des Hauses zu sein. Voll Takt und Anmuth erfüllte sie diese Aufgabe; man pflegte zu plaudern, zu spielen, zu musiciren; Gedichte zu recitiren; selbst kleine Vaudevilles wurden auf der Privatbühne der Königin aufgeführt.

In der letzten Zeit hatte sich der Charakter dieser kleinen Cercles etwas geändert. Die rasch steigende Fluth der Volksbewegung hatte auch die Cercles nicht verschont. Die politischen Fragen der Gegenwart drängten sich mit unwiderstehlicher Gewalt in den Vordergrund der Unterhaltung; und die rein gesellschaftliche und ästhetische Seite trat mehr zurück. Man fing in den Salons der Königin an zu politisiren, und damit dehnte sich der Kreis derjenigen Personen, welche zugezogen wurden, aus. Es kamen auch solche Gäste, die politisch bedeutsam waren, ohne daß sie zu den Intimen des Königspaares gehörten; und das griff am Ende so weit um sich, daß man wechselsweise an gewisse Kategorien von Würdenträgern des Staates und der Kirche Einladungen ergehen ließ. Diese gemischtere Gesellschaft machte ein etwas strengeres Ceremoniell nothwendig: aber man suchte doch soviel wie möglich den Charakter der Einfachheit und Ungezwungenheit zu wahren.

Gegen neun Uhr begannen die Salons sich zu füllen. Als der Graf Duvergier mit Lescures eintrat, ging der Graf von Provence, der jüngere Bruder des Königs, der mit den Gardeoffizieren de Valory und du Moustier eben in einer Fensternische gestanden, rasch auf ihn zu.

„Sie haben heute eine Audienz beim Könige gehabt," sagte er, ihm die Hand hinstreckend. „Ich bedaure, daß dieselbe resultatlos verlaufen ist. Seine Majestät sind nicht zu bewegen . . . Haben Sie bestimmte Nachrichten?"

„Ich beabsichtige auf meine Güter zu gehen, Hoheit, und werde dann den braven Vendéens nahe sein. Einstweilen weiß ich nichts Näheres, als was ich Sr. Majestät zu sagen die Ehre hatte."

„Auf Ihre Güter wollen Sie? Haben Sie Urlaub bekommen . . . eben? Ich hörte soeben von du Moustier, daß kein Urlaub mehr ertheilt werden soll."

„Ich denke morgen mein Abschiedsgesuch einzugeben."

In diesem Augenblicke gingen zwei Damen an den Männern vorüber, die eben gekommen waren, und den inneren Gemächern zuschritten, um die Königin zu begrüßen. Die Herren verbeugten sich artig, was mit einem leichten Kopfnicken erwidert wurde.

„Die kleine Lucie ist ja merkwürdig gesetzt geworden," meinte der Prinz, indem er lächelnd der Elisengestalt nachblickte.

„Sie befindet sich in der vortrefflichen Schule der Frau von Breteuil, Königliche Hoheit!" bemerkte de Lescures nicht ohne einen Anflug von Sarcasmus.

„Ich will zu Gott hoffen," sagte tief erglühend der junge Graf Duvergier, „daß die Erziehungsresultate der Frau von Breteuil sich auf die Haarfrisur und den Reifrock beschränken."

„Kennen Sie das Fräulein von Aranaucourt näher?" fragte rasch der Graf von Provence.

„Sie ist mit den Charettes verwandt, und war einmal längere Zeit bei dem Grafen Anatole zu Besuch. Wir sind Nachbarn und kamen jede Woche einige Male zusammen."

Das sagte Larochejacquelin in möglichst gleichgültigem Tone; aber sein Gesicht glühte wie Purpur, und so lange er einen Zipfel ihrer Schleppe sah, wendete er kein Auge von derselben. Der Königliche Prinz blickte Lescures an, und lächelte. Dann wandte er sich wieder an den Grafen.

„Sie wollen den Abschied nehmen, sagten Sie."

„Ja, Königliche Hoheit."

„Ich hoffe, Herr Graf, Sie überlegen sich das nochmals. Der König hat nur noch wenig Getreue," setzte er flüsternd bei, — „und wir können Keinen entbehren."

Damit grüßte er die Beiden mit einem leichten Neigen des Kopfes, winkte den Gardeoffizieren, die noch in der Fensternische standen, mit der Hand zu, und ging nach den inneren Gemächern.

„Folgen wir," sagte Lescures, und die Offiziere schritten ebenfalls weiter, um „die Dame des Hauses zu begrüßen".

Marie Antoinette stand jetzt in Mitte der dreißiger Jahre; sah aber bedeutend jünger aus; sie war eine der schönsten und liebenswürdigsten Königinnen, die je den französischen Thron zierten, und doch konnte sie sich die Liebe des französischen Volkes nicht erwerben. In Frankreich herrschte ein alter Groll gegen Oesterreich. Man hatte instinktmäßig erkannt, daß Oesterreich den französischen Eroberungsgelüsten am Rhein, wie in Italien den schroffsten Widerstand entgegensetzte, und so hatte Marie Antoinette schon diesen politischen Widerwillen zu bekämpfen. Sie war dem Volke als Oesterreicherin unbeliebt, und wurde „die Oesterreicherin" genannt. Dabei wurde sie mit fünfzehn Jahren die Gemahlin Ludwig's, und mit neunzehn Jahren Königin von Frankreich. Unkundig der Lage, nicht hinreichend gereift, die Verhältnisse zu würdigen, und an dem schwelgerischen Hofe Ludwig's XV. verweilend, gab sie sich einige Jahre hindurch einer Verschwendung hin, welche in den bereits vorhandenen finanziellen Kalamitäten den Staatsschatz schwer drückte, und welche das französische Volk ihr bis an's Ende nachtrug. Als Marie Antoinette die Lage später erkannte, wußte sie sich in ihren Ansprüchen zu mäßigen, und etwas Weiteres hat selbst die Verleumdung ihrem Privatcharakter nicht nachzureden gewußt. Es gereicht der Oesterreicherin zu unvergänglichem Ruhme, daß sie vier Jahre am Hofe Ludwig's XV. lebte, ohne daß ihre Lästerer und Verfolger einen Flecken an ihrer sittlichen Reinheit zu entdecken vermochten.

Als die Offiziere eintraten, saß Marie Antoinette auf einem mit Purpursammet ausgeschlagenen Sessel, und neben ihr stand der Graf von Provence, der sich zu ihr herabbeugte und ein leises Gespräch mit ihr führte. In dem großen Zimmer befanden sich mehrere Gruppen; die Damen saßen auf Tabourets, die Herren standen meistens hinter denselben. Man sprach ziemlich ungenirt, und in dem Saale herrschte ein Summen, das nur von der Stimme des Marquis Barthelemy de Polignac übertönt wurde, welcher zwei Schritte von dem Sessel der Königin entfernt, die Namen Derer rief, welche vortraten, die Königin zu begrüßen. Der Marquis war zwar im Hofkleide; trug jedoch dem Charakter der Petits Cercles entsprechend keinen Ceremonienstab.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

aus den geschichtlichen Daten, auf die ich hingewiesen habe, sondern es ergibt sich auch aus der Arbeit bei den Wahlen.

Der Herr Staatsminister hat heute erwähnt, er habe eine Gesetzesvorlage vor die Kammer gebracht, um zu hören, was die öffentliche Meinung, namentlich in diesem Hause, dazu sage.

Da möchte ich doch die Einschränkung machen, daß unter der Regierung, die seinen Namen trägt, es der Regierung bei den Wahlen niemals darum zu thun war, festzustellen, was unbeeinflußt von unberechtigter Seite die öffentliche Meinung sagt, sondern es war ihr immer nur darum zu thun, die öffentliche Meinung in der Form von Stimmzetteln in nationalliberaler Farbe zum Ausdruck kommen zu lassen. Darum und um sonst nichts Anderes war es ihr jeweils zu thun.

Meine Herren! Ich verlange von keiner Regierung, daß sie die nationalliberale Partei bekämpft — durchaus nicht. Ich verlange auch nicht, daß der Herr Minister selbst nicht nationalliberal ist und nicht nationalliberal stimmt. Nein! Die nationalliberale Partei soll von der Regierung ebenso wenig bekämpft werden, wie die unserige; die Herren Minister sollen als Nationalliberale gerade so stimmen und auch sonst von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch machen, wie ich es für mich selbst in Anspruch nehme! Allein zwischen dem Nichtbekämpfen einer Partei und der Unterstützung derselben und zwar der Unterstützung derselben nicht durch das Gewicht persönlicher Leistung, nicht durch das Gewicht persönlicher Arbeit, sondern durch das Gewicht der staatlichen Autorität, durch das Gewicht der Arbeit der Staatsmaschine, ist ein großer Unterschied.

Leider, meine Herren, wird ja die öffentliche Meinung, wie sie bei den Wahlen zum Ausdruck kommt, von dieser Regierung nur in einem Fall berücksichtigt, nur in einem Fall als öffentliche Meinung anerkannt: nämlich dann, wenn die Wahlen nationalliberal ausgefallen sind. Dann ist es die ungeschminkte klare Meinung des Volkes. Sind aber die Wahlen anders ausgefallen trotz der Arbeit der Staatsmaschine, dann, m. H., ist es das Ergebniß der „Verhetzung", der „Irreführung"; das Ergebniß „demagogischer" Arbeit, das Ergebniß „konfessioneller Hetze" und wie diese Ausdrücke alle heißen mögen.

Der Herr Minister ist ja außerordentlich feinfühlig bezüglich der Leistungen der Presse. Unsere Presse hat gar keinen guten Eindruck auf ihn gemacht.

Wilckens: Mit Recht!

Wacker: Wir erwarten das auch nicht. Und das war für ihn oder die Regierung ein Hinderniß, auch die Presse zu benützen; denn mit solchen Waffen der Presse, wie es unsere Presse that, konnte die Regierung doch nicht kämpfen. Ja, m. H., wenn dem so wäre, wären wir viel besser daran. Ohne Presse ist ja die Regierung doch auch nicht. Ich stehe nicht an, zu erklären, meine Herren, daß wenn das Jahr vorüber ist — nur ein einziges Jahr — und ich diesen oder jenen meiner eigenen Zeitungsartikel zu Gesicht bekomme, daß ich mir dann selbst sage: diesen oder jenen Ausdruck würde ich jetzt selbst anders wählen.

Es sind Leistungen des Moments und es sind Leistungen im Kampfe. Es wird hergeschossen, und je größer das Geschoß her ist, desto größer fliegt mitunter auch das Geschoß hinaus. Das liegt in der Natur der Sache. Ich meine aber, meine Herren: Mit der Presse und ihren Leistungen, welche unserer großh. badischen Regierung nahe steht, kann es nach Inhalt und Form eine jegliche Presse aufnehmen, d. h. den Vergleich aushalten — eine jegliche Presse — ich mache da nicht einmal den geringsten Unterschied.

4. Sonstige Unterstützung des Nationalliberalismus durch die Regierung.

Die Regierung, welche den Namen Turban trägt, hilft, fördert, stützt auf jede Weise den Nationalliberalismus auch sonst noch, meine Herren. Wir haben in der vorigen Woche zwei Wahlanfechtungen verhandelt, und diese erinnern uns an die Beziehungen zwischen Bürgermeistern und Amtmännern. Ja, meine Herren! das ist einer der dunkelsten Punkte in der inneren Geschichte des badischen Landes. Wie haben Sie Gericht gehalten über diesen Bürgermeister Münch von Friedrichsdorf! wie haben Sie ihn gebrandmarkt! Nicht bloß einfach „Schurke" ist er in der 1. Verhandlung genannt worden, sondern in der 2. wurde er noch als schlimmer bestätigt. Ich habe am letzten Freitag schon darauf hingewiesen, daß, wenn der Mann einen moralischen Defekt bekommen hat, er ihn nur bekommen hat im harten Kampf gegen diejenigen, die seiner eigenen persönlichen Freiheit zu nahe getreten sind. Und unter denen, die seiner eigenen persönlichen Freiheit zu nahe getreten sind, war auch ein Gr. bad. Oberamtmann. Meine Herren! Es gibt der Bürgermeister zu Dutzenden im Lande, die nicht zu ihrer Ehre unter den Händen, unter dem Einfluß des Amtmanns etwas ganz Anderes geworden sind, als was sie vorher waren, und was sie auch geblieben wären. — Es kommt dutzendweise vor — und da kann vielleicht gerade der Herr Kollege Birkenmayer mit Beispielen dienen — daß Bürgermeister selbst erklären bei politischen Wahlen: Nur mich nicht! Da hat man keine Ruhe vor dem Amtmann, und ich will mich dieser Verlegenheit nicht aussetzen! Es kommt dutzendweise vor, daß ein Bürgermeister in der Kollision der Rücksichten, wo auf der einen Seite die Bearbeitung des Amtmanns an ihn herantritt . . .

Kiefer: Der Pfarrer!

Wacker: Von denen wissen Sie am allerwenigsten. Sie phantasiren nur darüber.

Präsident: Ich bitte, den Herrn Abgeordneten nicht zu unterbrechen.

Wacker: Sie haben mich in Zähringen noch gar nicht beobachten können; lassen Sie sich in Zähringen auf ein Jahr nieder, und beobachten Sie mich im Geheimen recht genau, dann wollen wir sehen, welches Urtheil Sie dann fällen.

Fortfahrend: Auf der einen Seite die Bearbeitung, die Seitens des Amtmanns an den Bürgermeister herantritt, auf der andern Seite seine eigene Ueberzeugung, und auf der dritten Seite der Standpunkt seiner Mitbürger, derer, die ihn gewählt haben. Ja, meine Herren! da erlebt man dutzendweise, daß der Bürgermeister auf der Kanzleistube des Amtmanns Dinge sagt, die nicht bloß nicht von Herzen kommen, sondern die er auch in der Mitte seiner Bürger auf's Entschiedenste bekämpfen, in Abrede stellen würde. Ja, meine Herren! Das ist nicht etwas Seltenes, nicht eine Ausnahme, sondern das ist etwas sehr Häufiges, daß bei uns in Baden die Bürgermeister schwer bestehen können, wenn sie sich nicht darauf einüben, eine doppelte oder wo möglich dreifache Sprache zu sprechen: eine vor dem Amtmann, eine zweite unter den Bürgern und eine dritte allein . . . .

Zwischenruf: Und gegen den Pfarrer.

Wacker: Ja! die Herren, die das hereinwerfen, haben ja keine Ahnung von dem, was ein Pfarrer in seiner Gemeinde thut. Sie stellen sich nur allerlei vor, was er angeblich thut. — Die Pfarrer erfahren allerdings mitunter dies und jenes, was auf der Amtsstube vor sich geht. Uebrigens haben wir ja ein paar Herren, die Amtmänner waren und sind, unter uns; die werden ja wissen, wie es gemacht wird.

5. Unterstützung der Nationalliberalen durch die Regierung auf dem Gebiete der Presse.

Die Regierung, welche den Namen Turban trägt, hilft der nationalliberalen Partei auf dem Gebiete der Presse.

Die nationalliberale Presse wäre nicht existenzfähig — einige wenige Organe ausgenommen; sie wäre nicht existenzfähig ohne diese direkte und indirekte Hilfe. Und diese direkte und indirekte Hilfe wird der nationalliberalen Presse geleistet auf Kosten der Allgemeinheit.

Meine Herren! es kämen ganz bedeutende Summen in Betracht zu Gunsten entweder der Kreise oder der Staatskasse oder der Gemeinden oder aller 3 zusammen, wenn die Großh. Regierung sich endlich entschließen wollte, das Amtsverkündiger-Wesen abzuändern. Wir werden der Großh. Regierung auf diesem Gebiete einen Vorschlag unterbreiten und wollen dann sehen, wie sie sich dazu stellt.

In den letzten Tagen ist eine Nachricht durch die Presse gegangen — und ich glaube, sie ist nicht widersprochen worden, wornach das Ministerium des Innern an die Amtsvorstände die Weisung gegeben hätte, die „Bad. Corr.", die seit Januar d. J. die Partei dort drüben nichts mehr angeht, auf Kosten der Amtskasse zu halten und solchen Amtsverkündigern gratis zur Verfügung zu stellen, welche sie nicht auf Grund ihrer eigenen Leistungsfähigkeit halten können. Ich glaube: wenn der Herr Staatsminister auch in eine etwas höhere Region über das Ministerium des Innern emporgestiegen ist, wird er doch, da der „Leiter des Ministeriums des Innern" nicht anwesend ist, darüber sich aussprechen zu können, in der Lage sein.

Meine Herren! das ist eine Verwendung öffentlicher Gelder, die unter keinem Titel zu rechtfertigen ist — der öffentlichen Staatsmittel, die sammt und sonders aufgebracht werden aus den direkten und indirekten Steuern des Volkes. Diese sind doch nicht dazu da, um eine bestimmte Partei und deren Presse in solcher Weise zu unterstützen.

6. Mißachtung der Wahlergebnisse, die gegen die Nationalliberalen sprechen.

Ich habe schon angedeutet, daß ich's der Regierung, die den Namen Turban trägt, schwer zum Vorwurf mache, daß sie das Ergebniß der Wahlen nur nach einer Seite hin berücksichtigt, nach der andern gar nicht. Lange Zeit hindurch hat man, namentlich wenn kirchenpolitische Angelegenheiten zur Sprache kamen, besonders Bittgesuche des Kirchenregiments oder Vertretern des katholischen Volkes gegenüber hingewiesen auf das unübersteigliche Hinderniß, welches die Mehrheit der Zweiten Kammer einer etwaigen Berücksichtigung solcher Gesuche entgegensetze. Meine Herren! Dieses unübersteigliche Hinderniß hat man geschaffen, und von dem Augenblick an, wo es in's Wanken kommen wollte, hat man sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, ist zu Hilfe gekommen; und wo es wirklich in's Wanken und zu Fall kam, hat man gesagt: jetzt erst recht nicht! Was an dessen Stelle gesetzt werden will, verdient Beachtung nicht. Im Jahre 1890 ist die bisherige nationalliberale Mehrheit durch das Ergebniß der Reichstagswahl förmlich weggefegt worden. Hat man im Jahre 1887, wo das Ergebniß ein ganz anderes war, auf jenes Ergebniß sich stützend gesagt: da seht wie das Volk denkt! was das Land will! ei! dann mußte man es auch im Jahre 1890 sagen — vom Jahre 1890 an hat ja diese Bewegung bestanden gehabt; sie hat sich schon gezeigt im Jahre 1889 bei den Landtagswahlen. Wenn damals direkte Wahlen gewesen wären, — das kann ja Niemand bestreiten, der sich ein klein wenig auskennt, — hätte es zwar nicht dieses große Loch für die Herren auf jener Seite des Hauses gegeben, aber doch ein so weites, daß jeder hätte sehen müssen, wie es im Lande aussieht. Allein, meine Herren, wie gesagt, diese Ergebnisse fanden eine Beachtung nicht. Das ist natürlich nicht „der Wille des Volks," sondern das ist das Ergebniß der „Verhetzung des Volks!" (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 2. Februar.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger" veröffentlicht einen Danktelegramm des Kaisers für die zahlreichen Telegramme und Schreiben, welche ihm zu seinem Geburtstage zugegangen sind.

— Eine sachliche Verständigung über das Volksschulgesetz herbeizuführen, auch um den Preis von Abweichungen im Einzelnen war, wie die „Berl. Pol. Nachr." ausführen, die Absicht, welche der Reichskanzler bei seiner letzten Rede hatte. Das vielfach offiziös bediente Blatt schreibt:

„Der Zweck der letzten Rede des Herrn Reichskanzlers war offenbar nicht der, dem Abg. Rudorff zu antworten, sondern Oel auf die hochgehenden Wogen zu gießen. Schon seine Freitagsrede war ohne Zweifel von der gleichen Absicht getragen, diese Absicht aber in Folge der hochgradigen Spannung der Stimmung in der Verhandlung nicht erreicht, vielmehr war noch eher eine Verschärfung derselben herbeigeführt worden. Die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers war, ohne von der Entschiedenheit in Bezug auf die sachliche Gesammtstellung zu der Streitfrage abzugehen, in Ton und Bild darauf berechnet, eine sachliche Verständigung auch um den Preis von Abweichungen im Einzelnen von der Vorlage herbeizuführen. Wenn, wie verlautet, auch in der konservativen Partei die Neigung, eine Verständigung zu suchen, größer ist, als nach der Erklärung ihres Fraktionsredners angenommen werden mußte, so erweckt das Ende der Volksschulgesetzdebatte größere Hoffnung auf einen im allgemeinen politischen Interesse befriedigenden Abschluß, als dies nach dem Gange der vorhergehenden Diskussion anzunehmen war. Jedenfalls ist der Hinweis des Ministerpräsidenten darauf, daß das Gesetz mit seinen beinahe 300 Paragraphen den verschiedensten Wechselfällen ausgesetzt und deshalb seine schließliche Gestaltung nicht mit Sicherheit vorauszusehen sei, nur zu berechtigt. Nehmen die weiteren Berathungen über das Volksschulgesetz die vorstehend skizzirte Gestaltung an, so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß der Wunsch des Kaisers, welcher, wie wir bestimmt versichern können, dahin geht, daß ein Volksschulgesetz am besten unter Mitwirkung aller Parteien und mit möglichst viel Stimmen zur Annahme gelangen sollte, in Erfüllung gehen wird."

Der letzte Absatz ist in den „Berl. Pol. Nachr." fett gedruckt. Die Erfüllung der darin ausgesprochenen Erwartung hängt davon ab, bemerkt dazu die „National-Zeitung", ob die für die Liberalen unannehmbaren Bestimmungen entsprechend abgeändert werden. Und die „Nat.-Lib. Corr." meint: „Es wurden am Samstag im Abgeordnetenhause einige versöhnlich klingende Redewendungen ausgetauscht; der Redner der nationalliberalen Partei, Abg. Friedberg, legte in schlichter und treffender Weise den Hergang der „Krisis" dar und rechtfertigte die Haltung seiner Partei und Graf Caprivi war wenigstens in der Form, wenn auch nicht in der Sache, etwas entgegenkommender. Die Grundzüge einer Verständigung vermögen wir darum freilich noch nicht zu erkennen.

Auch das „Konservative Wochenblatt", Organ des Herrn Hellmann, spricht in einem längeren Artikel „Das Volksschulgesetz und die Parteien" die Hoffnung aus, es möchte doch noch zu einer Verständigung der Konservativen mit den Mittelparteien kommen. Unbedingt aber festhalten müßten die Konservativen an der konfessionellen Volksschule und der konfessionellen Vorbildung ihrer Lehrer. „Man würde sich auf nationalliberaler Seite einer verhängnißvollen Täuschung hingeben, wenn man annehmen wollte, daß in dieser Hinsicht nicht die ganze konservative Partei hinter den warmen und beredten Worten des Herrn v. Buch steht."

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Volksschulgesetz besteht aus neun Konservativen, sechs Centrumsmitgliedern — den Herren von Brüel, Danzenberg, v. Huene, Dr. Lieber, Porsch und Rintelen — vier Freikonservativen, sechs Nationalliberalen, zwei Freisinnigen und einem Polen. Zum Vorsitzenden wurde gewählt der konservative Graf Clairon d'Haussonville, zum Stellvertreter der freikonservative Wessel.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schließt einen Artikel über das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge mit folgenden Worten: „Die verbündeten Regierungen selbst erachten sich mit den bisherigen Erfolgen nicht am Ziele; im Gegentheile sind begründete Aussichten vorhanden, daß die wirthschaftliche Tendenz unserer Reichspolitik noch im Laufe dieses Jahres fernere Vereinbarungen mit verschiedenen Ländern zeitigt, welche die fruchtbringenden Wirkungen der mit dem heutigen Tage eröffneten Bahn in noch viel weiterem Umfange zur Geltung bringt."

— Am Sonntag hielt die Polizei umfangreiche Haussuchungen in socialdemokratischen Kreisen ab. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und anarchistische Schriften beschlagnahmt.

Bochum, 2. Febr. Die Anklageschrift im Bochumer Stempelprozeß ist gestern zugestellt worden. Dieselbe behauptet, daß auf den Werken des Bochumer Vereins von 1876 bis Juni 1891 zahlreiche schwere Urkundenfälschungen und Betrügereien zum Schaden der Eisenbahnverwaltungen verübt worden seien, daß ferner das Warmflicken der Schienen in besondern Werkstätten in Bochum und Hüttrop eingerichtet gewesen und zum Anfertigen falscher Stempel besondere Graveure angestellt gewesen seien. Weiter wird behauptet, daß in mehreren Fällen falsch stempelnde Arbeiter von Revisoren ertappt worden und der Werksleitung davon Mittheilung gemacht worden sei. Die Anklage richtet sich gegen 17 Meister und Arbeiter. Es verlautet jedoch bestimmt, daß auf höhere Anweisung gegen andere Personen des Bochumer Vereins eine Nachtrags-Anklage erhoben werden würde.

Ausland.

Pest, 2. Februar. Das Handelsministerium hat im Einvernehmen mit dem Kultusministerium ein Komitee, welches die Beförderung der geistigen und moralischen Bildung der Arbeiter bezweckt, organisirt.

Paris, 2. Febr. Aus Regierungskreisen wird mitgetheilt, daß die französische Regierung im Prinzip den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich des Abschlusses eines Auslieferungsvertrags und der Herstellung eines Einvernehmens beider Länder hinsichtlich wechselseitiger Handelsbeziehungen zugestimmt hat. Da aber kein derartiger Präcedenzfall in der Gesetzgebung vorliege, sei der Justizminister damit beschäftigt zu erwägen, welche gesetzgeberischen Bestimmungen in diesem Falle anzuwenden seien.

Brüssel, 2. Febr. Die Socialisten hielten eine Versammlung in der maison du peuple ab, worin beschlossen wurde, während der Berathung der Verfassungsrevision sich in Permanenz zu erklären, tägliche Kundgebungen vor der Kammer zu veranstalten und eine Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht zu veranstalten, zu der die Socialisten der Provinzen einzuladen sind. Volders sprach sich gegen die Idee des königlichen Referendums aus.

London, 2. Febr. Die „Pol. Korr." meldet aus London: In Folge des Todes des Kardinal Manning wird die Neueintheilung der Diöcesen beabsichtigt.

Petersburg, 2. Febr. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, das Tarifwesen der Kronseisenbahnen und Privatbahnen nach dem jetzt erfolgten Rücktritt des Wegebauministers Lüdbersz an das Finanzministerium übergehen zu lassen.

Der Finanzminister lehnte das Gesuch Algaer, Libauer und Revaler Handelsfirmen um Aufhebung des Hafer-Ausfuhrverbots ab.

Odessa, 2. Febr. Polnischen Blättern zufolge wurde neuerdings ein nihilistisches Komplot entdeckt.

Rom, 2. Febr. Der Papst empfing heute anläßlich des Festes Mariä Lichtmeß die Vertreter aus mehr als 100 Pfarreien, Kapiteln und Körperschaften Roms, die Wachskerzen überreichten. Er hielt dabei mehrere Ansprachen.

Madrid, 2. Febr. Canovas erklärte gegenüber Gamazo, er werde Maßnahmen zur Unterdrückung der Fabrikation industriellen Alkohols und von Kunstweinen ergreifen.

Die Lage in Bilbao hat sich gebessert. Die Ausständigen sind ohne Hilfsmittel und betteln um Brot. Die Polizei verhaftete 30 Individuen, welche im Verdacht eines anarchistischen Komplottes stehen. 18 Dynamitpatronen wurden entdeckt.

Sofia, 2. Febr. Die bulgarische Note in der Angelegenheit Chabouroue wurde gestern dem französischen Konsul Lanel mitgetheilt. Lanel besuchte heute Grekow und erklärte, der Zwischenfall sei geschlossen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Bulgarien wieder aufgenommen. Grekow und Lanel tauschten herzliche Versicherungen aus.

Rio de Janeiro, 2. Febr. Der Kriegsminister hat seine Demission gegeben, der Marineminister übernimmt interimistisch sein Portefeuille.

Santiago, 2. Febr. Der Kongreß hat den Gesetzentwurf über die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Dollars zur Einziehung der von Balmaceda ausgegebenen Billets angenommen; außerdem wurden Veranstaltungen getroffen zur Zurückziehung eines größeren Theiles des im Umlauf befindlichen überzähligen Papiergeldes.

Sansibar, 2. Febr. Der englische Generalkonsul hat heute unter den zustimmenden Kundgebungen der Bevölkerung den hiesigen Hafen zum Freihafen für alle Waaren, ausgenommen für Waffen und Munition, erklärt.

Baden.

Karlsruhe, 1. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog ist gestern Früh 35 Minuten nach 1 Uhr in Karlsruhe eingetroffen. Höchstderselbe wohnte am Vormittag dem Gottesdienst in der Schloßkirche an. Nachmittags besuchte Seine Königliche Hoheit die Mitglieder der Großherzoglichen Familie und verweilte dann längere Zeit bei dem Staatsminister Dr. Turban in dessen Wohnung. Heute Vormittag nahm der Großherzog den Vortrag des Geheimeraths Freiherrn v. Ungern-Sternberg entgegen und empfing dann den Staatsminister Dr. Turban und den Geh. Rath v. Rüdt. Von 4 Uhr an hörte Höchstderselbe die Vorträge des Ministers Freiherrn v. Lüdinghausen genannt Wolff und des Legationsraths Fr. Freiherrn von Babo. Abends 8 Uhr folgt Seine Königliche Hoheit der Einladung des Staatsministers Dr. Turban zum Ball in den Räumen seiner Dienstwohnung.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin ist heute Früh 9 Uhr nach Schwerin zum Besuch Höchstihrer Tante, Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter abgereist und gedenkt morgen daselbst zu verweilen.

Karlsruhe, 2. Febr. Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Geheimerath Dr. Rüdt zur Vortragserstattung und nahm dann die Meldung der nachbenannten Offiziere entgegen: des Obersten von der Müllbe, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, des Oberstlieutenants von Schmidt, Kommandeur des 1. Badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20, und des Oberstlieutenants v. Stedoch, Kommandeur des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, welche die Monatstrappen überreichten; ferner des Generallieutenants v. Bergmann, Gouverneur von Straßburg, bisher Kommandeur der 33. Division, des Secondelieutenants Schwartz im 7. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 142, bisher im Niederrheinischen Infanterie-Regiment Nr. 99, und des Secondelieutenants Weigel im 2. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 30. Nachmittags von 4 Uhr an hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimeraths von Regnauer und des Legationsraths Dr. Freiherrn v. Babo.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin reist morgen früh nach Berlin und verbleibt dort bis Donnerstag Abend.

** **Karlsruhe,** 1. Febr. Das hatte wohl Niemand geahnt, daß die heutige Kammerverhandlung hochinteressante Momente zu Tage fördern und einen geradezu dramatischen Abschluß finden würde. Nach der Tagesordnung sollte auch die „Frauenfrage" zur Verhandlung kommen und es war ziemlich viel Publikum auf den Galerien, welches offenbar dieses Gegenstandes wegen gekommen war und sich wieder verlief, nachdem man sicher wußte, daß er nicht mehr an die Reihe kommen würde. Von ½12 bis ¾3 Uhr, also 4½ Stunden lang wurde über die Petition der Stadt Mülhausen und verschiedener anderer Rheingemeinden verhandelt, das Eigenthums- und Verwerthungsrecht an den Rheinvorlanden betr.

Es traten neben den beiden Regierungsvertretern Minister Dr. Eisenlohr und Geh. Oberregierungsrath Schenkel nicht weniger als 17 Redner auf, darunter der Abg. Schüler (Vertreter des Bezirkes Breisach) 2 Mal. Er war es auch, der den ersten Anstoß zum dramatischen Abschluß der ganzen Verhandlung gab.

Ueberhaupt war sein ganzes Auftreten ein sehr glückliches. Man mußte sofort bemerken, daß der Bezirk Breisach auch bezüglich der persönlichen Leistungsfähigkeit des Abgeordneten einen sehr guten Tausch vorgenommen hat, indem er statt des Apotheker Lüttler den Landwirth Schüler zu seinem Vertreter wählte. Er eröffnete den Reigen der Redner und fand auch bei Abgeordneten anderer Parteien vielen Beifall. Unumwunden wurde seine große Begabung anerkannt. Das war noch mehr der Fall, als er zum zweiten Male sprach, um verschiedene Ausstellungen des Regierungsvertreters wirksam und erfolgreich zurückzuweisen. Herr Schenkel war so unvorsichtig, den Landwirth von Ebringen zu gering zu taxiren und wurde dafür gründlich gestraft.

Sehr interessant war die Schilderung der besonderen Verhältnisse in der Gemeinde Wuhl bei Endingen, die der Abg. Pfefferle darlegte. Nicht minder interessant war es, was der Abg. Weber aus der Gemeinde Marlen im Amte Offenburg erzählte, wo der Staat 24,000 Mark für Abholzung eines Theiles der Rheinvorlande vom Festungs-Gouvernement Straßburg sich zahlen ließ. Weder vom Einen noch vom Anderen nahm der Regierungsvertreter Notiz. Die Abgg. Pfefferle, Hauß und Kopp hatten das Jagdrecht in den Rheinvorlanden besprochen und dafür plädirt, daß der Staat es den Gemeinden überlassen solle. Auch davon wollte der Regierungskommissär nichts wissen. Um so mehr erweckte es spannendes Interesse, als nachher der Abg. Marbe den Kommissionsbericht des früheren Abg. Gerbel vom Jahre 1870 hervorzog, worin die gleiche Frage für den unteren Theil des Rheines behandelt ist und ausdrücklich erklärt wird, die Regierung werde „vernünftiger Weise" auf dem schmalen Geländestreifen kein Jagdrecht beanspruchen.

Auch die Reden der Abgg. Hug, Kopp und Birkenmayer vom Centrum, von Stockhorner von den Konservativen und Heimburger von den Freisinnigen boten sehr interessante Momente, deren nähere Erörterung des Raummangels wegen unterbleibt. v. Stockhorner wies namentlich den Herren von der Regierung nach, daß ihre Bemerkungen über die Geschichte der Frage der Flußbeiträge nicht richtig waren.

Auf nationalliberaler Seite zeigte sich eine merkwürdige Gleichgiltigkeit gegenüber den Wünschen der Bittsteller. Den Abg. Pfefferle ausgenommen, sprach keiner der Herren mit Entschiedenheit und Wärme für die Berücksichtigung, die Abgg. Hauß und Drescher halb und halb, die Abgg. Strübe und Friderich ganz dagegen. Hauß sahen es, als sollte der Bezirk Breisach es büßen, daß er einen Centrumsabgeordneten gewählt hat.

Die Regierungsvertreter sprachen sich ablehnend aus, zuerst Minister Dr. Eisenlohr und nach ihm noch weit schroffer und rücksichtsloser Schenkel. Es sollte ihnen bitterbös bekommen. Der Abg. Schüler, den Schenkel besonders „auf's Korn genommen" zu haben schien, blieb in keinem Punkte die Antwort schuldig und sprach zum Schlusse in der allergrößten Gemüthsruhe sein lebhaftes Erstaunen über diese Haltung der Regie-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

rungsvertreter aus. In Breisach habe man ihm erzählt, bezüglich der Haltung der Regierung habe man keine Besorgniß, **denn Minister Dr. Eisenlohr sei im September dort gewesen und habe erklärt, die Regierung werde sich wohlwollend zur Sache stellen.**

War das eine Ueberraschung! Minister Dr. Eisenlohr wechselte einen Augenblick die Farbe, die Abgeordneten sahen verwundert sich an und da und dort kam das Erstaunen in einem „Hört! Hört!" zum Ausdruck. Eisenlohr suchte sich zu fassen und die Sache so zu erklären, er habe nur eine wohlwollende Prüfung der Frage in Aussicht gestellt.

Nun kam aber der Abgeordnete Wacker noch zu Wort und hielt ihm in aller Schärfe die Erklärung entgegen, die er im ersten Theile der Verhandlung abgegeben und die direkt entgegengesetzt lautete, als er jetzt glauben machen wollte. Er sprach unumwunden seine Ueberzeugung aus, daß der Minister selbst wie auch Ministerialrath Schenkel sich ganz anders zur Sache gestellt hätten, wenn sie geahnt hätten, daß der Besuch des Ministers in Breisach **vor den Wahlen** zur Sprache kommen würde. Ferner holte er die Schlußerklärung Schenkel's hervor, in welcher dieser Herr sehr von Oben herab warnte, Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen könnten und Gefühle hervorzurufen, als ob die Bittsteller Unrecht leiden müßten. Er hielt damit das Verhalten des Ministers in Breisach zusammen und meinte, die beiden Herren mögen das Uebrige mit einander ausmachen. Endlich betonte er mit aller Schärfe den Zeitpunkt vor der Wahl, erinnerte an das Telegramm nach Lahr und exemplifizirte auf Ebersbach und Friedrichsdorf.

Auch Ministerialrath Schenkel mußte bittere Pillen hinnehmen, weil er sich sehr despektirlich über die Petitionen und deren Unterschriften ausgesprochen hatte.

Als es zur Abstimmung kam, wurde der Antrag der Kommissionsmehrheit trotz Erklärung der Herren am Regierungstische mit sehr großer Mehrheit angenommen. Auch das ist charakteristisch, daß Niemand im nationalliberalen Lager den hartbedrängten Regierungsvertretern zu Hilfe kam. Und doch war Kiefer anwesend.

Solches kommt nicht leicht in anderen Parlamenten vor.

* **Karlsruhe,** 3. Febr. Daß das Urtheil, welches s. Zt. im „Beob." über die Haltung des Herrn Staatsministers Dr. Turban in der Debatte über den vierten Minister gefällt wurde, nicht zu scharf war, geht aus der Haltung der nationalliberalen Presse hervor. So läßt die „Köln. Ztg.", die bis dahin stets für Turban eingetreten, ihn jetzt vollständig fallen, indem sie ihm vorwirft, er sei in der Debatte über den vierten Minister den „Ultramontanen" nicht fest genug entgegengetreten. Das ist bezeichnend genug.

* **Karlsruhe,** 3. Febr. Mit der großen liberalen Partei ist es also einmal wieder nichts. Niemand will Nutz auch nur daran gedacht haben und selbst mit der Annäherung der Nationalliberalen und der Freisinnigen zum Zwecke der Bekämpfung der Volksschul-Vorlage scheint es seinen Haken zu haben. Die Nationalliberalen haben sich die Sache überlegt und gefunden, daß die Anrufung des Kampfes „bis auf's Messer" übel auslaufen könnte. Mensch, bedenke das Ende! Und hier in Baden erklären die Freisinnigen durch ihre Redner: Wer sich uns anschließen will, ist uns willkommen. Aber um die Nationalliberalen aus dem Sumpf, in den sie hereingerathen, wieder herauszuholen, dazu sind wir nicht da, das wollen und werden wir nicht thun.

Karlsruhe, 5. Febr. Die vom „Schwäb. Merkur" gebrachte Nachricht, daß der badische Gesandte v. Brauer demnächst abberufen und zum badischen Minister des Innern ernannt werden solle, bestätigt sich nach gleichlautenden, anscheinend offiziösen Informationen der „Kreuzztg." und der „Nordd. Allg. Ztg." nicht.

Aus Baden, 30. Jan. Auf Grund der neuesten Volkszählung ist die Vertheilung der erforderlichen Geschworenen auf die Amtsgerichtsbezirke der einzelnen Schwurgerichtsbezirke neu geregelt worden. Für jeden der fünf Schwurgerichtsbezirke werden 600 Geschworene vorgeschlagen. — Nach einer neuerlichen Verordnung erhalten die Gendarmeriebediensteten künftig statt der einzelnen Gebühren für Verhaftungen und Begleitung Verhafteter als Kommandozulagen volle Tagesgebühren.

ch Vom Main, 30. Jan. Der Wertheimer Amtsverkündiger verübelt es dem Abg. v. Buol, daß er neulich in der Kammer für die Verwirklichung des Bahnprojektes Walldürn-Amorbach eingetreten ist und wirft ihm Unkenntniß der Bezirksverhältnisse vor, während er die Entgegnung des Abg. Klein-Wertheim, als hohes Verdienst hinstellt. Die Absicht, den Abg. v. Buol wenigstens in einem Theil seines Bezirkes zu diskreditiren, liegt hier klar zu Tage; ob mit Erfolg, bezweifeln wir allerdings sehr. Jeder Abgeordnete und ganz gewiß auch der Herr v. Buol hat die Interessen seines ganzen Bezirkes im Auge; wenn aber in einem Bezirk verschiedene berechtigte Wünsche vorhanden sind, die nicht alle gleichzeitig erfüllt werden können, so tritt er zunächst für die älteren, nothwendigeren und zunächst erfüllbaren ein und dies trifft im vorliegenden Fall bezüglich der Bahnfrage zu. Die Erfüllung des speciell Wertheimer Wunsches nach Verlängerung der Mainkette bis Wertheim ist damit nicht ausgeschlossen und was in dieser Hinsicht von einem Abgeordneten gethan werden kann, wird Herr v. Buol zweifellos auch thun. Thöricht aber wäre es, wenn man beide Forderungen ruhen lassen wollte, weil speciell die Letztere nicht vor der anderen zu erfüllen ist.

▲ **Steinmauern,** 1. Febr. Die gestrige Versammlung der Centrumspartei nahm einen schönen Verlauf, die Betheiligung seitens der Wähler war eine sehr zahlreiche und reichte der Saal im Gasthaus zum „Schiff" dahier kaum hin, um alle Theilnehmer zu fassen. In fesselnden, von Begeisterung für die Interessen des Volkes und die Rechte der katholischen Kirche getragenen Rede, entwickelte der Abgeordnete des Bezirks Gernsbach-Rastatt Freiherr Albert v. Bodman die Grundsätze, die ihm als Mitglied des Centrums für die Lösung seiner Aufgabe im Landtag maßgebend seien. Er werde jede Gelegenheit wahrnehmen, die materiellen Interessen des Volkes, die Interessen der Landwirthschaft, des Handels und der Industrie zu fördern, er sei aber auch fest entschlossen, für die Freiheit der Kirche einzutreten und all die gesetzlichen Beschränkungen, welche die freie Entwicklung ihrer Kräfte erschweren, beseitigen zu helfen. Der durch Hinweis auf drastische Beispiele aus dem praktischen Leben gewürzte mehr als einstündige Vortrag fand den lebhaftesten Beifall und hat gewiß wesentlich dazu beigetragen, bei der Bevölkerung von Steinmauern und Umgebung die Sympathien für ihren Abgeordneten zu vermehren. In wirksamer Weise wurde der Herr v. Bodman unterstützt durch die Abgeordneten Hug und Schüler, deren Vorträge ebenfalls reichen Beifall ernteten.

Personalnachrichten.

Ministerium des Innern.

Gottlieb Lachenauer von Flehingen, z. Z. in Heidelberg, wird mit dem Dienst eines Schutzmanns beim Amt Karlsruhe betraut; Amtsaktuar Wilhelm Kaufmann beim Amt Heidelberg wird zum Amt Baden versetzt; Verwaltungsaktuar Karl Wasseler beim Amt Stockach wird zum Amt Freiburg versetzt.

Großh. Steuerverwaltung.

Steuerkommissär-Assistent Karl Guckenhan in Villingen wurde in gleicher Eigenschaft zu dem großh. Steuerkommissär für den Bezirk Bruchsal und Finanzpraktikant Julius Stuber bei der Katasterkontrole nach Villingen versetzt und mit Versehung des Steuerkommissärdienstes daselbst betraut.

Großh. Staatseisenbahnen.

Versetzt: Karl Steinle, Expeditionsgehilfe in Freiburg, nach Lahr. Heinrich Maurer, Expeditionsgehilfe in Mannheim, nach Laufenburg. Josef Anton Kolb, Expeditionsgehilfe in Pforzheim, nach St. Ilgen. Johann Bauer, Expeditionsgehilfe in Wehr, nach Mazau. Hermann Zimmermann, Expeditionsgehilfe in Offenburg, nach Wehr. Klemens Kempf, Expeditionsgehilfe in Mannheim, nach Wiesloch. Hermann Salwen, Expeditionsgehilfe in Karlsruhe, nach Bretten. Friedrich Harrer, Bahnmeister in Mannheim, nach Gottmadingen.

Großh. Domänendirektion.

Zugewiesen die Forstpraktikanten: Barth in Karlsruhe der Bezirksforstei St. Blasien. Freyler in Herbolzheim der Bezirksforstei Kenzingen.

Schulwesen.

A. Mittel- und Gewerbeschulen, Lehrerbildungsanstalten x.

Versetzungen:

Ludwig Kühlewein, Lehramtspraktikant, von der Höheren Bürgerschule in Breisach an das Gymnasium in Tauberbischofsheim. Jakob Ziegler, Lehramtspraktikant vom Gymnasium in Tauberbischofsheim an die Höhere Bürgerschule in Breisach. Karl Häßler, Zeichenlehramtskandidat, zur Stellvertretung an die Gewerbeschule in Mannheim.

B. Volksschulen.

Versetzungen:

Leo Drechsler, Unterlehrer in Michelbach, A. Rastatt, als Hilfslehrer nach Sulzbach. A. Rastatt. Pius Gersbach, Hilfslehrer in Sulzbach, A. Rastatt, als Unterlehrer nach Michelbach, A. Rastatt. Philipp Müller, Unterlehrer in Unteralpfen, als Hilfslehrer nach Waldshut.

Badischer Landtag.

ch Karlsruhe, 1. Februar.

21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Hug: Er habe aus seinem Wahlbezirk und zwar von dem Gemeinderath in Niederhausen eine Zuschrift erhalten, worin er ersucht werde, die Petition der Stadtgemeinde Breisach zu unterstützen. Indem er diesem Ansuchen entspreche, bemerke er, daß Niederhausen eine Fläche von 25 Morgen zum Rheinvorland abgetreten habe. Redner unterzieht das Gesetz vom Jahre 1856, das Eigenthum an den Vorlandungen des Rheines betr., einer Kritik und ist der Ansicht, daß in diesem Gesetz insofern eine Härte liege, als das zum Vorland gehörige Gelände unter allen Umständen unentgeldlich abgetreten werden müsse, wenn auf demselben noch keine Vegetation Platz gegriffen habe. Die unentgeldliche Abtretung von Gelände scheine ihm jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn dasselbe werthlos sei und seine Entstehungsursache in künstlicher Veranstaltung, hier in der Korrektion des Rheines beruhe. Diese Voraussetzungen seien jedoch nicht bei allem Gelände zutreffend, das nicht mit Vegetation bedeckt sei. Diese Argumentation würde ihn zu dem Antrag führen, in den betheiligten Gemarkungen Untersuchungen darüber anstellen zu lassen, wie viel Gelände unentgeldlich zum sogenannten Vorland abgetreten worden sei, und wie viel Gelände darunter enthalten sei, dessen Entstehungsursache nicht in der Rheinkorrektion beruhe. Allein derartige Untersuchungen wären zu umständlich und kostspielig und glaube er sich daher bei dem Kommissionsantrag, der auf eine Beschränkung der Vorlandsfläche hinziele, beruhigen zu sollen. Er anerkenne die großen Vortheile, die aus der Rheinkorrektion erwachsen seien, mache aber darauf aufmerksam, daß die Bewohner der Rheingemeinden in doppelter Weise zu den Kosten beigetragen hätten, nämlich in der Form der allgemeinen Steuern und noch in jener der Präcipualbeiträge. Daß sie noch in einer dritten Richtung, nämlich durch die Forderung unentgeltlicher Abtretung von Gelände in's Mitleid gezogen worden seien, sei eine Härte, die zu mildern die Billigkeit gebiete.

Abg. Pfefferle spricht im Interesse der zu seinem Wahlbezirk gehörigen Gemeinde Wyhl und hebt hervor, daß die Versprechungen, welche s. Zt. an die Rheindurchkorrektion geknüpft worden seien, sich nicht erfüllt hätten. Viele Gemeinden, so auch die von ihm genannten, hätten trotzdem viel durch Hochwasser zu leiden. Auch werde es von den betheiligten Gemeinden sehr stark empfunden, daß der Staat auf seinem schmalen Streifen Vorland das Jagdrecht selbst ausübe. Das sei nicht gerecht; entweder solle man das Jagdrecht den Gemeinden wieder vollständig einräumen oder es gegen eine Entschädigung denselben zuschlagen. Er stimme für den Kommissionsantrag.

Abg. Rapp kommt in ausführlicher Rede auf die Rheinkorrektion und ihre Vor- und Nachtheile für die angrenzenden Gemeinden zu sprechen. Der Rhein sei ein öffentliches Gewässer, schon von den Römern sei es als ein solches betrachtet und behandelt worden. Der Staat habe deßhalb auch die Verpflichtung, ihn zu unterhalten und die angrenzenden Gemeinden vor Schaden zu bewahren, eventuell solchen, wenn er durch nicht hinreichende Schutzmaßregeln verursacht worden sei, zu ersetzen. Die Rheinkorrektion habe von diesen Gemeinden große Opfer gefordert, an denen viele heute noch zu tragen hätten. Große Nachtheile entstanden durch Abtrennung von Gemarkungstheilen und die Vermehrung der Dämme, deren Bruch heute mehr Schaden anrichte als in früheren Zeiten. Und alles dies, was der Rhein abtrenne und sonstwo anschwemme, nehme der Staat für sich in Anspruch. Auf Kosten der Gemeinden vermehre er sein Vorland, indem er die sogenannten Altrheine nicht abschließe, damit das Vorlanden besser vor sich ginge, auf diese Weise seien oft recht ausgedehnte Dämme nöthig geworden. Neben dem hohen Ertrag, den diese Vorlandungen dem Staat abwerfen, seien auch die übrigen Ländereien steuerkräftiger geworden, d. h. sie wurden höher in die Steuer eingeschätzt. Ebenso drückten Jagd und Fischerei in diesen Gebieten dem Staat ganz bedeutende Einkünfte. Die Gemeinden dagegen hätten nur sehr geringe Vortheile; wenn ihre Felder auch einigermaßen gegen das Hochwasser geschützt seien, so sei das sogenannte Grundwasser immer noch vorhanden, das häufig im Spätjahr eintrete und nicht selten die ganze Ernte vernichte. Dabei sei der Verdienst, den früher die Rheinschiffahrt mit sich gebracht habe, fast ganz verschwunden. Ferner dürfe man nicht vergessen, daß der Rhein eine öffentliche Verkehrsstraße sei so gut wie die Eisenbahnen. Die Summen, welche der Staat auch für die Ueberhaltung dieses, im Allgemeinen ja bedeutend billigeren, dem ganzen Land zu gut kommenden Verkehrsweges aufgewendet habe, stehen in keinem Verhältniß zu den vielen Millionen, die er für anderer, insbesondere für die Eisenbahnen, schon ausgegeben habe und noch ausgebe. Der Staat habe deßhalb die Pflicht, auch diesen Verkehrsweg zu unterhalten. Es sei deßhalb ein Unrecht, hier wegen der Anschwemmungen ein anderes Eigenthumsrecht zu schaffen, als es sonst gültig sei. Schon bei Schaffung des Gesetzes hätten zahlreiche Gemeinden gegen dasselbe petitionirt, allerdings ohne Erfolg. Wahrscheinlich habe man damals vergessen, was die Gemeinden im Interesse der Rheinkorrektion früher geleistet hatten. Die ganze Gesetzgebung in dieser Sache bedürfe einer eingehenden Revision; hauptsächlich lasse die Dammbaustreuer schwer auf den betheiligten Gemeinden. Daß das Rheinvorland zur Instandhaltung der Dämme unbedingt nothwendig sei, könne nicht geleugnet werden. Schon der Umstand, daß in vielen Gemarkungen, wie auch in Schwetzingen, die Regierung kein Vorland besitze, spreche dagegen. Im Uebrigen würden sich gewiß alle Gemeinden verpflichten, das nöthige Material zu liefern. Redner stimmt für den Kommissionsantrag.

Staatsrath Eisenlohr ist erstaunt, daß man jenes Gesetz einen Gewaltstreich nenne, dasselbe habe nur den richtigen Grundsatz bei den betreffenden Verhältnissen aufgestellt. Breisach habe in einem Vertrage anerkannt, daß es das Vorland unentgeltlich abtrete angesichts der Vortheile, welche die Korrektion einbringe. Höchstens konnte es sich um einen Irrthum handeln, daß die Sache sich anders oder wenigstens ungünstiger gestaltet, eine Untersuchung würde aber sehr schwierig sein. Die Frage sei eine bestrittene, ob die Flußbaubeiträge zu Recht oder Unrecht bestehen. Die Regierung sei ersterer Ansicht. Der Staat habe auf dem Gebiete, welches ihnen gehöre, auch das Jagdrecht, das sei selbstverständlich. Bei 300 Fuß glaubt man den richtigen Maßstab gefunden zu haben, wenn dies als zu viel erkannt werde, sei die Regierung zu einer Aenderung gerne bereit. Wenn aber das Gebiet den Gemeinden zugewiesen werden sollte, würde es doch den geltenden Beschränkungen für Flußgebiete unterworfen werden.

Abg. Friderich schildert die vielfachen Vortheile, die den betreffenden Gemeinden durch die Rheinkorrektion zugeführt worden sind. Die gesundheitlichen Verhältnisse wurden wesentlich gebessert; die Gemeinden selber sind gewachsen und eine blühende Landwirthschaft habe sich in der ganzen Gegend ausgebreitet. Das Gesetz von 1856 habe eine gerechte Ordnung der bezüglichen Verhältnisse erstrebt; wie man da von einem Gewaltstreich sprechen könne, sei ihm unverständlich. Redner empfiehlt schließlich die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Eder spricht sich für Berücksichtigung der Bitte der Gemeinden aus.

Abg. Hauß wünscht, daß man den Gemeinden das Jagdrecht überlassen möge.

Abg. Birkenmayer hätte gerne die Zurückgabe des ganzen Terrains an die Gemeinden gewünscht, will sich aber auch mit dem Kommissionsantrage zufrieden geben. Das Gesetz von 1856 sei aber kein Gewaltakt, sondern war ein Ausnahmegesetz in außerordentlicher Lage, welches aber damals schon auf den Widerspruch der Gemeinden stieß. Jene außerordentlichen Verhältnisse sind aber nicht mehr direkt vorhanden und deßhalb könne an eine Abänderung des Gesetzes gedacht werden, an Stelle des jetzigen könne das gemeine Recht treten, nachdem die Petenten in erwünschtem Maße betreffs des Materials entgegen kommen. Eine Entschädigung ist man diesen Gemeinden schuldig, besonders Breisach, das so viel für das deutsche Reich geblutet.

Abg. Marbe. Drei Gründe hätten ihn veranlaßt, dem Antrag der Minorität der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung entgegenzutreten: Einmal sei es auffällig, daß längs der elsäßer Grenze ein Vorland von 300 Fuß Breite beansprucht werde, während längs der bayerischen Grenze 50 Fuß genügten. Zweitens werde von der Reichsregierung auf der linken Seite des Rheins gar kein Vorlandstreifen beansprucht und drittens gebe es auch auf badischer Seite eine ganze Reihe von Gemeinden zum Beispiel Honau, Philippsburg x., deren Gemarkungen direkt bis an den Rhein grenzen, wo ein Vorlandstreifen also auch nicht existirt. Nach all dem habe er sich sagen müssen, ein Vorlandstreifen ist überhaupt nicht nöthig. Im Uebrigen sei ja auch heute von den Regierungsvertretern zugestanden worden, daß die Breite von 300 Fuß nur so durchschnittlich angenommen worden sei. Jedenfalls sei es der Regierung anheim zu stellen, die Sache nochmals zu untersuchen, um dann dem nächsten Landtag eine entsprechende Vorlage machen zu können. Bedauern aber müsse er, daß trotz einer entgegenstehenden früheren Begründung der Staat auf dem Rheinvorlande immer noch das Jagdrecht ausübe.

Abg. Reichert weist darauf hin, daß von 5 Gemeinden seines Wahlbezirkes nur 2 sich an dieser Petition betheiligten, die andern glaubten, daß sie unter Umständen zu großen Lasten herangezogen werden könnten, deßhalb empfehle er Annahme des Kommissionsantrages, wobei die Regierung die Wünsche erfüllen könne.

Abg. Weber vertritt eine Rheingemeinde, diese glaube, die Regierung sei durch den Weidenerwuchs auf dem Gebiete hinreichend entschädigt und sie wünsche Zurückgabe des Vorlandes. Die Ufer bestehen meistens aus Bauwerk und es seien deßhalb wenig Faschinen mehr nothwendig. Er empfiehlt Annahme des Kommissionsantrags.

Abg. Dreher schildert die Vortheile der Rheinkorrektion und bezweifelt das allgemeine Einverständniß aller Rheingemeinden mit der vorliegenden Petition.

Ministerialrath Schenkel erwidert auf verschiedene Bemerkungen der Vorredner. Gegenüber der Klage über die Fluß- und Dammbausteuer erinnere er daran, daß seit Beginn der Rheinkorrektion für dieselbe nicht weniger als 54 Millionen Mark verausgabt wurden, zu denen die Gemeinden nur 4½ Millionen beigetragen haben. Die Rheinkorrektion, so großartig und erfolgreich sie auch gewesen sei, habe natürlich nicht alle Mißstände beseitigen können, aber sie habe doch das Menschenmöglichste geleistet, und wenn wirklich begründete Beschwerden zu Tage treten, so werde die Wasserbauverwaltung gern bereit sein, so weit wie möglich Abhilfe zu schaffen. Redner weist nun des Weiteren nach, daß die Gemeinde Alt-Breisach durch das Abkommen vom Jahre 1856 keine Nachtheile, sondern sehr wesentliche Vortheile gehabt habe und noch habe, denn sie habe bereits außer allen andern Vortheilen gegen 11 Millionen Mark durch die Korrektion gewonnen. Wenn das Haus den Antrag der Kommission annehme, so werde eine nochmalige gründliche Prüfung der in Betracht kommenden Verhältnisse erfolgen; es sei ihm aber lieber, wenn das Haus Uebergang zur Tagesordnung beschließe, damit nicht zu große Wünsche und Erwartungen Seitens der betheiligten Gemeinden gehegt würden, deren Erfüllung der Regierung nicht möglich sei.

Die Abg. Gönner und v. Stockhorner sind ebenfalls für den Kommissionsantrag.

Abg. Schüler erklärt wiederholt, daß die Gemeinden auch Nachtheile durch die Rheinkorrektion an ihrer Gemarkung erlitten. Er verwahrt sich gegen die Auslegung des von ihm gebrauchten Ausdruckes „Gewaltakt", es sei auch Thatsache, daß die Gemeinde Honau ihren Prozeß wegen des Vorlandes gegen die Regierung gewonnen. Redner erkennt die Vortheile gerne an, welche die Korrektion gebracht, er wundert sich auch über den gehörten Ton von der Regierungsbank, da Herr Staatsrath Eisenlohr der Petition eine wohlwollende Behandlung gelegentlich seiner Anwesenheit in Altbreisach im September v. J. zugesagt habe.

Staatsrath Eisenlohr erwidert, er wisse nicht, daß er gegen die Petition feindselig aufgetreten, aber es sei Pflicht, die Sache genau zu prüfen.

Abg. Rapp vertheidigt nochmals seine früheren Behauptungen, ebenso Abg. Birkenmayer.

Abg. Wacker vermißt in der Rede des Ministerialraths Schenkel manche Auskunft, die nothwendigerweise noch hätte gegeben werden müssen. Dieser Herr habe sich auch eine Kritik auf das Petitionsrecht erlaubt, das Haus habe aber letzteres zu schützen und wenn das Haus sich der Urtheile über solche entheile, die gerecht erscheinen, solle der Regierungsvertreter sich nicht despektirlich äußern. Aber gerade diese Petitionen seien nicht gemacht und vom Regierungsvertreter solle dies auch nicht behauptet werden. Für diesen Ausdruck finde er den Ausdruck „derb" besser am Platze als für die Ausführungen des Abg. Schüler. In der ersten Rede des Ministers Eisenlohr sei den Breisachern wenig Hoffnung gemacht worden, erst als der Vorgang im September zur Sprache gebracht, habe er sich wohlwollend geäußert. Dieser habe die Hoffnungen erweckt, welche Herr Schenkel für aussichtslos erklärte. Möchten dies die beiden Herren mit einander ausmachen, was nun richtig sei. Sehr interessant sei die Bemerkung Schülers, daß Minister Eisenlohr im letzten September, also kurz vor den Wahlmännerwahlen in Breisach war und dort günstige Versprechungen machte. Es sei neulich auch von einer Deputation nach Lahr die Rede gewesen, die kurz vor den Wahlen von Karlsruhe aus dorthin abging. Der Minister habe zwar erklärt, daß er damit nichts zu thun gehabt habe. Das sei zu glauben. Daß er in Breisach war und Versprechungen machte, gebe er aber zu. Das zwinge zu vergleichen mit der Angelegenheit in Friedrichsdorf.

Nach einer kurzen Vertheidigung Eisenlohrs und verschiedenen persönlichen Bemerkungen der Herren Rapp, Marbe und Friderich, sowie dem Schlußwort des Abgeordneten Stübe wird zur Abstimmung geschritten und der Kommissionsantrag „Ueberweisung zur Kenntnißnahme" angenommen. Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr.

(Berichtigung. In unserem letzten Landtagsbericht, die Bersacher Petition betr., muß es heißen statt Abg. Schaler, Abg. Schüler. Die Rede steht übrigens wörtlich in heutiger Nummer.)

Lokales.

Karlsruhe, 3. Februar.

— **Bekanntmachung.** Das großherzogliche Bezirksamt bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß die Unteroffizierschule Ettlingen am 3., 4., 5. und 6. Februar d. J. ein gefechtsmäßiges Schießen von 9 Uhr bis 1 Uhr Vormittags in dem Gelände zwischen Chaussee Ettlingen-Wolfartsweier und dem Sammweg, welcher im östlichen Waldrande von Ettlingen an der Hebwigsquelle vorbei nach Wolfartsweier führt, abzuhalten beabsichtigt. Dieser Sammweg und der Weg Ettlingen-Grünwettersbach wird abgesperrt, während die Chaussee Ettlingen-Wolfartsweier frei bleibt. Das gefährdete Gelände wird durch Posten abgesperrt werden, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist.

= **Zitherverein.** Die Abendunterhaltung des „Zithervereins Karlsruhe", welche Sonntag Abend im Saale des „Weißen Bären" stattfand, war, wie gewohnt, außerordentlich stark besucht. Das Programm wurde mit dem „Marsch der finnländischen Reiterei aus dem 30jährigen Kriege" eröffnet, ihm folgte eine Gavotte „Gruß an Steiermark" (für 2 Diskant- und 1 Altzither), ein Duett für Streich- und Schlagzither, eine „Piccicato-Idylle", ein Xylophonvortrag mit Zither- und Guitarrebegleitung, den Schluß bildete der Gesammtvortrag „Veilchen-Polka". Wir haben schon wiederholt an dieser Stelle des unermüdlichen, aber auch erfolgreichen Strebens des Dirigenten des Vereins, Herrn Zitherlehrers Illich, und seiner fleißigen Mitglieder erwähnt. Das Sonntag-Konzert, dessen jede einzelne Nummer mit einer taktfesten Genauigkeit und mit bemerkenswerther Reinheit durchgeführt wurde, hat die gute Meinung, welche das Publikum vom Karlsruher Zitherverein auf's Neue gerechtfertigt hat. An die Musikaufführungen schloß sich ein Glückshafen und Tanzvergnügen, beides wurde lebhaft zugesprochen.

⊙ **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer I vom 28. Januar unter dem Vorsitz des Landgerichtsrath Zentner. 1. Landwirth Wilhelm Friedrich Gamer von Staffort wegen Körperverletzung 14 Tage Gefängniß. 2. Dienstknecht Heinr. Badberger, 25 Jahre alt von Durlach, hier wohnhaft, wegen Diebstahls 6 Monat Gefängniß. 3. Die Anklagesache gegen Heinrich Trutter von Kriegingen wegen Unterschlagung gelangte nicht zur Verhandlung, da derselbe seine gegen schöffengerichtliches Urtheil eingelegte Berufung zurückgenommen. 4. Ebenso verhielt es sich mit der Anklage gegen Jwan Weinberg von Hamburg wegen Beleidigung. 5. Generalagent Heinrich Braun von Hahnenkamm, 55 Jahre alt, hier wohnhaft, wegen Beleidigung 30 M. Geldstrafe. 6. Die Anklagesache gegen den 59 Jahre alten hier wohnhaften Taglöhner Johann Kobras von Fellmauer wegen Ruhestörung wird wegen Krankheit des Angeklagten vertagt. 7. Katharina Bissinger geb. Hamm von Auerbach, 40 Jahre alt, hier wohnhaft, wegen Vergehens gegen § 137 des St.-G.-B. 6 Tage Gefängniß.

Tagesordnung der Strafkammer I. Donnerstag, den 4. Februar, Vormittags halb 9 Uhr: 1. Wilhelm Helfenstein von Mannheim, wegen Wechselfälschung und Betrugs. 2. Georg Göhrig von Darmstadt wegen Diebstahls. 3. Barbara Metz geb. Klingel von Brötzingen und Ludwig Metz von Leimen, wegen Urkundenunterdrückung bezw. Beihilfe. 4. August Wilhelm Weinger von Liebelsheim, wegen Betrugs. 5. Katharina Bissinger von Auerbach, wegen Beleidigung.

Tagesordnung für die 6. Sitzung der Ersten Kammer auf Donnerstag, den 4. Februar, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Nachweisung der in den Jahren 1885 und 1886 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. (I. Beilagenheft.) Berichterstatter: Freiherr Ernst. Mag. von Göler. 3. Berathung der Berichte der Petitionskommission. a. über die Bitte des früheren Eisenbahnarbeiters Fr. Wind II. von Handschuchsheim, Forderung betreffend. Berichterstatter: Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck. b. über die Bitte der in den Jahren 1885 und 1886 in Gymnasien angestellten Professoren, deren Gehalt betr. Berichterstatter: Landgerichtspräsident Dr. von Rotteck. 4. Begründung der in letzter Sitzung eingebrachten Anträge des Frhrn. v. Hornstein x. X.

Handel und Verkehr.

Freiburg, 30. Jan. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 32 Läufer und 217 Ferkel, wovon 16 Läufer à 20—30 Mk. per Stück und 210 Ferkel à 7—18 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind für Ferkel eher im Anziehen begriffen.

Heitersheim, 1. Febr. Der heutige Viehmarkt war befahren mit 290 Stück Ochsen, 144 Stück Kühen, 200 Stück Jungvieh, 255 Stück Läufer- und Milchschweinen. Die Preise stellten sich wie folgt: Ochsen per Paar 800 bis 900 Mk., Kühe per Stück 200—400 Mk., Jungvieh per Stück 150—200 Mk., Läuferschweine per Paar 40—60 Mk., Milchschweine per Paar 20—24 Mk. Der Verkehr war im Ganzen lebhaft, die Preise blieben jedoch dieselben.

Straßburg, 1. Febr. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 56 Ochsen 128—134 Mk., 114 Kühe 112—120 Mk., 36 Kuhviertel 110—120 Mk., 2 Stiere 110—114 Mk., 156 lebende Schweine 104 bis 108 Mk., 2 geschlachtete Schweine 100—102 Mk., 34 lebende Hämmel 128—140 Mk., 6 geschlachtete Hämmel 102 bis 106 Mk., 50 lebende Kälber 148—160 Mk. Alles für 100 Kilo.

Frankfurt, 1. Febr. Der heutige Viehmarkt war mit 435 Ochsen, 34 Bullen, 387 Kühen, Rindern und Stieren, 279 Kälbern, 289 Hämmeln und 642 Schweinen befahren. Die Preise stellten sich wie folgt: Ochsen 1. Sorte 66—68, 2. Sorte 58—63 Mk., Bullen 1. Sorte 47—49, 2. Sorte 40—45 Mk., Kühe, Rinder und Stiere 1. Sorte 57—59, 2. Sorte 42—46 Mk. Preis für 50 Kilo Schlachtgewicht. Kälber 1. Sorte 68—70, 2. Sorte 53—58 Pfg., Hämmel 1. Sorte 62—64, 2. Sorte 40—48 Pfg., inländische Schweine 1. Sorte 57—59, 2. Sorte 54—56 Pfg. Alles für ein Pfund Schlachtgewicht.

Frankfurt, 2. Febr. Die gestrigen starken Preissteigerungen, welche namentlich Bankpapiere, auf die fortgesetzten Deckungskäufe erfahren hatten, legten den Keim zu einem Rückschlag, der sich denn auch heute bereits vollzog. Die Spekulation nahm einen abkühlenden Artikel der Wiener „Presse", welcher die Kurstreiberei einer Wiener Spekulantenclique erörtert, zum Vorwand der Abschwächung. Bereits im gestrigen Abendverkehr lagen von dorten größere Verkaufsorders hier vor und heute wurden die Wiener Abgaben fortgesetzt. Die Kurse erlitten auf allen Gebieten einen Abschlag, indeß stand derselbe in keinem Verhältniß zu den letzten Steigerungen und bei Schluß der Notirungszeit zeigte sich bereits wieder Neigung zur Erholung, denn die Grundstimmung bleibt eine feste. Oesterr. Bahnen ziemlich behauptet, Lombarden auf die Mindereinnahme schwach. Schweizerbahnen nachgebend, Montanwerthe gleichfalls nicht behauptet, bei geringem Geschäft. Ausländische Staatsfonds sämmtlich etwas niedriger. Schluß fester. (F. J.)

Preuß. 3½proz. Prämien-Anleihe vom Jahre 1855. Ziehung vom 15. bis 19. Jan. Auszahlung am 1. April 1892. Hauptpreise: Nr. 76745 180,000 Mk. Nr. 129682 60,000 Mk. Nr. 28081 15,000 Mk. Nr. 97257 6000 Mk. Nr. 26871 3000 Mk. Nr. 12206 75861 1500 Mk. Nr. 6647 25848 132469 je 1200 Mk. Nr. 8923 97297 125809 je 900 Mk. Nr. 8944 19962 19909 30494 117901 120086 120840 je 600 Mk. (Ohne Gewähr.)

Russische 5proz. 100 S.-R.-Loose vom Jahre 1864. Ziehung am 14. Januar. Auszahlung am 14. April 1892. Zur Rückzahlung gezogene Serien: Nr. 244 688 969 1043 1447 2075 2381 2406 2421 2774 2917 3615 3071 3808 3612 3750 4108 4286 4477 4708 4812 5060 5065 5272 5592 5732 5808 6214 6314 6410 6421 6597 6614 6738 6765 6827 7384 7459 8060 8083 8260 8590 8536 9622 9810 9889 9890 9924 10218 10433 10642 10721 10975 11142 11557 11620 12030 12359 12970 12987 13175 13206 13288 13425 13450 13453 13823 13960 14216 14323 14533 14390 14481 14500 14612 14929 15078 15118 15360 15401 15560 15830 16205 17099 17340 17561 17780 17745 17782 18063 18269 18520 19142 19240 19347 19400 19447 19619. (Ohne Gewähr.)

Konkurs. Alois Gartner, Wittwe, Theresia, geb. Jung, in Badenscheuern, Amt Baden, Eröffnungstermin 26. Jan., Anmeldefristablauf 18. Febr., 1. Gläubigerversammlung 26. Febr., Prüfungstermin 26. Febr.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 30. Jan. Johann Joram von Eichelsheim, Fabrikarbeiter hier, mit Marie Landherr Wittwe von Hohenwettersbach.

Eheschließungen: 1. Febr. Alexander Einstein von Buchau, Kaufmann in Frankfurt a. M., mit Henriette Willstädter von hier. — 2. Febr. Ludwig Bettermann von hier, Kaufmann in Mannheim, mit Luise Kölsch von hier. — Bruno Urban von Lauterberg, Katasterzeichner hier, mit Emma Daler von hier.

Geburten: 26. Jan. Hermann Rudolf, Vater Georg Rihm, Schuhmacher. — 28. Jan. Sofie, Vater August Schwarz, Taglöhner. — Karl August Otto, Vater Ludwig Föhner, Expeditor. — 29. Jan. Josefine, Vater Karl Feßler, Wirth. — 30. Jan. Martha Olga, Vater Adolf Gustav Martin, Werkführer. — Marie Elisabeth, Vater Karl Jakob Mölsch, Wirth. — 31. Jan. Elisabeth Anna Klara Leonie, Vater Hugo Wichum von Gefädt, Hofschauspieler. — Johann Friedrich, Vater Johann Ruf, Dreher. — Luise Karoline, Vater Anton Zimmer, Schlosser. — 1. Febr. Max Theodor Alexander, Vater Jul. Masuck, Bauaufseher. — Josefine, Vater Vinzenz Zimmermann, Bahnhofarbeiter. — Friedrich, Vater Franz Reichert, Taglöhner. — Ludwig, Vater Ludwig Bitterwolf, Taglöhner. — Agnesia Katharina Christina, Vater Karl Dürr, Kaufmann.

Todesfälle: 30. Jan. Karoline Kirchhofer, alt 42 Jahre, Wittwe des Schneidermeisters Lambert Kirchhofer. — Frieda, alt 5 Jahre, Vater Valentin Brecht, Taglöhner. — Aline, alt 8 Monate 5 Tage, Vater Karl Schollenberger, Buchhalter. — Freifrau Emilie Eleonore Röder von Diersburg, alt 59 Jahre, Wittwe des Obersten und Kammerherrn Freiherr Röder von Diersburg. — 31. Jan. Josefine Klein, alt 51 Jahre, Ehefrau des Versilberers Friedrich Klein. — Andreas Weeber, Taglöhner, ein Ehemann, alt 59 Jahre. — Franz Leipold, Wagner, ein Ehemann, alt 38 Jahre. — Wendelin Rudifüle, Taglöhner, ledig, alt 48 Jahre. — Karl Anterer, Kaufmann, ein Ehemann, alt 49 Jahre. — 1. Febr. Franz Prestmart, Ingenieur, ein Ehemann, alt 83 Jahre. — Katharina Däubert, alt 54 Jahre, Ehefrau des Stadtbaumeistergehilfen Georg Däubert. — Jakob Speck, Privatier, ein Wittwer, alt 68 Jahre.

Deutsche Antisklaverei-Lotterie!

In unsere Kollekte fielen folgende Treffer:

Nr. 18 756	500 Mark.
„ 18 762	200 „
„ 121 115	75 „
„ 21 856	50 „
„ 31 786	50 „
„ 18 751	50 „

Expedition des „Badischen Beobachters".

Freiburger Münsterbau-Loose

à 3 Mk., auswärts 3.20 Mk. franko.

Geldgewinne im Betrage von **215,000 Mark,**

Haupttreffer: **50,000 Mark**

vorräthig bei der

Expedition des „Badischen Beobachters" in Karlsruhe.

1000 **Briefmarken,** ca. 170 Sorten 60 Pfg — 100 verschiedene überseeische 2,50 Mk. — 120 bessere europäische 2,50 Mk. bei G. Zechmeyer, **Nürnberg.** Ankauf. Tausch. 25.20

Dr. F. Miltenberger,

in Amerika approbirter Zahnarzt,

Kaiserstrasse 162, 3. Stock,

Sprechstunden von 9—11 u. 2—5.

Im Verlage von **Franz Kirchheim** in **Mainz** sind soeben erschienen und vorräthig in **Freiburg** bei der **Literarischen Anstalt** und in **Karlsruhe** in deren **Agentur,** Herrenstraße 34:

Bacuez, L., Die heil. Weihen des Subdiaconats, des Diaconats und des Priesterthums. Belehrungen und Betrachtungen zum Gebrauch der Ordinanden. Autorisirte Uebersetzung. Mit kirchlicher Approbation. Min.-Ausg. geb. 2 M.

Früher erschienen von **demselben Verfasser:**

Ferienbuch für Seminaristen. 2 M. — Das Brevier vom Standpunkt der Frömmigkeit betrachtet. 5 M. 40 Pf. — Das hl. Meßopfer und der Priester. 3 M. 50 Pf.

Manning, Dr. H. E., Cardinal etc., **Das ewige Priesterthum.** Autorisirte Uebersetzung. **Zweite Auflage.** 8. geb. 2 M.

Jedermann,

welcher Bedarf in Möbel hat, versäume nicht, die große Auswahl aller Arten fertiger

Holz- und Polster-Möbel, Spiegel, complette Betten,

sowie

ganze Zimmer-Einrichtungen,

von einfachster bis zu hochfeinster Ausführung,

bei

Fr. Scherer, vormals Feninger & Scherer,

Herrenstraße 49 **Freiburg i. B.** Herrenstraße 49

sich anzusehen, um sich zu überzeugen, daß man dort am besten und billigsten seine Möbeleinkäufe besorgt.

NB. **Hauptlager für Holz-, Stroh- und Rohrsesselfabrikation.**

Nach Auswärts in guter Verpackung unter Garantie sicherer Ankunft.

Fächer

jeder Art

aus *Federn, Crêpe, Gaze, Spitzen, Atlas etc.*

in reicher Auswahl bei

Friedrich Blos,

Grossh. Hoflieferant,

F. Wolff & Sohn's Détail,

Karlsruhe.

Neumontirungen ebenso Reparaturen werden prompt besorgt. 32.9

60,000 Mk. auf beste Bürgschaft

ganz oder getheilt, jede Mark, jede Marke ist willkommen!

„Wer den Armen gibt, leiht dem Herrn auf Wucher." Spr. 19, 17. Genügt Dir diese Bürgschaft? Sende Dein Scherflein zum dringend nothwendigen Kirchenbau nach dem so armen 8.5

Langendernbach auf dem **Westerwald,**

an den Pfarrer **Dr. Luschberger.**

NB. Monatlich halten wir am Herz-Jesu-Freitag ein Amt für unsere Wohlthäter.

Bremer Lebensversicherungsbank Bremen,

errichtet 1867.

Versicherungsbestand . . . . Mk. 47,000,000,

Vermögen . . . . „ 8,500,000.

Lebens-, Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen vermitteln die Vertreter und die Generalagentur 10.3

J. Friedrichs, Kriegsstraße 36.

Mechanikhüte,

weiße Cravatten,

weiße Handschuhe

in **großer Auswahl** empfiehlt billigst

C. A. Zeumer,

127 Kaiserstraße 127.

Ich empfehle als sichere und noch sehr billige Kapitalanlage die

Pommersche Hypothekenbank, Vorzugsaktien à 108½%.

Stücke à Mark 1200.—,

welche pro 1891 wieder 6% Dividende bringen und bei der bedeutenden Geschäftsentwicklung dieser bestgeleiteten Hypothekenbank einer successiven Courssteigerung entgegengehen werden.

Albert Schwarz, Stuttgart,

Bankgeschäft, Kronenstrasse 33.

Anzeige und Empfehlung.

Einer titl. hiesigen Einwohnerschaft, sowie der ganzen Umgegend der Residenzstadt **Karlsruhe** zur gefälligen Kenntnißnahme, daß ich das bis dahin innegehabte, altrenommirte

Gasthaus zum König von Preussen

auch fernerhin im Betrieb behalten werde.

Durch einen neuen, günstigen Miethvertrag bin ich in der Lage, meinen werthen Stammgästen, Freunden, Bekannten und jedem Besucher meines Gasthofes in jeder Weise auf's Beste entgegenzukommen. 6.2

Neben guten reinen Weinen in jeder Preislage und Ausschank eines vorzüglichen Lagerbiers vom Faß und in Flaschen aus der Brauerei Moninger, empfehle ich eine gute, bürgerliche Küche.

Indem ich billige und aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich um zahlreichen Besuch.

Karlsruhe, den 28. Januar 1892.

Christian Schneckenburger.

Winter-Schuhe

zu

bedeutend ermäßigten Preisen.

N. A. Adler,

141 Kaiserstraße 141.

Deutscher Normal-Akten-Heftapparat,

ministeriell zur Anschaffung empfohlen.

Empfehle tit. **Behörden, Anstalten, Gerichten, Notaren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern** etc. etc. meinen **Deutschen Normal-Akten-Heftapparat** auf's Beste.

Hochachtend

Andreas Hoch, 50.2

Fabrik und Lager: Herrenstraße 27 u. 33.

Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft **„Badenia"** in **Karlsruhe,** Adlerstraße 42, empfiehlt:

Eine Viertelstunde vor dem heil. Sakramente.

100 Stück portofrei Mk. 1.10.

Gewissenserforschung für Erstbeichtende.

100 Stück portofrei Mk. 1.10.

Brauerei Schrempp.

Karlsruher Colosseum.

Heute Mittwoch, den 3. Februar 1892

findet

keine öffentliche Vorstellung

statt, dagegen **Privat-Vorstellung** für die freiwillige Feuerwehr Karlsruhe.

Die Direktion.

Verzinkte Drahtgeflechte

in bekannten prima Qualitäten für Einfriedigungen aller Art, nach **jeder beliebigen Maaßangabe.**

Raschefte Bedienung, billigste Preise bei 20.3

Heinrich Weihrauch,

Drahtflechterei,

Eberbach (Baden).

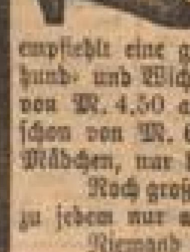
Stockfische

in feinster weißer Waare sind jeden Tag frisch gewässert zu haben bei 2.1

Louis Kemm,

Ecke der Kaiser- u. Waldhornstr. 28.

Für eine kleine gut katholische Familie nach auswärts wird ein braves und tüchtiges Mädchen gesucht, am liebsten eine Waise. Näheres unter **Nr. 63** bei der Expedition dieses Blattes.



Nur einige Tage in Karlsruhe!

Großer Stuttgarter Schuhwaaren-Ausverkauf,

Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße,

empfiehlt eine große Auswahl **Damenstiefel** in Tuch, Kid-, Seehund- und Wichsleder, gut gearbeitet, für jede Witterung passend, schon von M. 4.50 an, größte Auswahl **Herrenstiefel,** prima Handarbeit, schon von M. 6.50 an, alle Arten **Kinderstiefel** für Knaben und Mädchen, nur bekannt gute Arbeit, billigst. 7.3

Noch großer Vorrath aller Arten **Winterschuhwaaren,** welche zu jedem nur annehmbaren Preise abgegeben werden.

Niemand sollte diese günstige Gelegenheit versäumen, billige und gute Schuhwaaren einzukaufen!

Achtungsvollst

Wilh. Wacker, Schuhfabrikant,

Stuttgart—Heidelberg.

Nur einige Tage im Laden Ecke der Kaiser- und Waldhornstraße.

Weiß- und Roth-Weine

empfiehlt

Franz Mayer, Kronenstraße 18.

Stelle-Gesuch.

Eine zuverlässige Person, gesetzten Alters, welche mehrere Jahre die Stelle als Haushälterin versehen hat, sucht wieder eine ähnliche Stelle bei einem ältern Geistlichen oder weltlichen Herrn. Eintritt könnte sofort geschehen. Zu erfragen bei der Expedition des „Badischen Beobachters" unter **Nr. 62.** 2.1

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 4. Jan. 19. Abonnem.-Vorstellung. **Francesca von Rimini.** Oper in drei Akten. Text und Musik von Hermann Göz. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag, den 5. Jan. 20. Abonnements-Vorstellung. Zum ersten Male: **König Heinrich V.** Geschichtliches Schauspiel in fünf Akten von Shakespeare, nach der Uebersetzung von Schlegel. Anfang ½ 7 Uhr.

Sonntag, den 7. Jan. 22. Abonnem.-Vorstellung. **Die Jüdin.** Große Oper in fünf Akten nach dem Französischen des Eugen Scribe von J. v. Seyfried. Musik von Halevy. Anfang 6 Uhr.

K. A. K.

Heute Donnerstag, den 4. d. M., Abends 8 Uhr:

Gesangsprobe.

Der Dirigent.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 2 Februar 1892.

Staatspapiere.

4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	107 6 90
3½	„	„ „ „	99,30 90
3	„	„ „ „	84.50.
4	„	Preuss. Konsols	106 90.
3½	„	„ „	99 30.10
3	„	„ „	84 50
4	„	Bayer. Abl.-Rente fl.	102.90.20
4	„	Württ. Rente v. 80 u. 87 M.	103.70.
4	„	Badische Obligationen fl.	102.80.
4	„	„ „ v. 1886	104,9[illegible].
4	„	Oest. St.-Sch. Gold Ulimb.	98.50 40
4	„	„ Goldrente fl.	97.10 97
4½	„	„ Silberr.	82 20 10
4½	„	„ Papier.	80 40.
4	„	Ungar. Goldrente	93.50.94
5	„	„ Papierrente	89,90,
4	„	Russ. Gold-Anleihe fl.	103.95.
4	„	Span. ausl. Rente	59 50.
5	„	Italien. Rente	91.70 60
4	„	Serbien, Goldrente	83 —.
5	„	Serbien, 5. K. Hyp. Obg.	85 80.

Bank-Aktien.

4½	%	Deutsche Reichsbank	145 44.90
4	„	Badische Bank	119 —.
4	„	Darmstädter Bank	
5	„	Oest. Kreditb. (Ultimo)	268¼ ½
4	„	Rhein.	117.18,90
4	„	Deutsche Bank	156 30.
4	„	Deutsche Union-Bank	68 —.

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	40 50.
4	„	Hessische Ludwigsb. „	119 60.
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	229 40.
4½	„	Pfälzer Maxbahn	142.60 80
4	„	„ Nordbahn	118 50 48

Ausländisch. vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	77¼ 8¼
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	269¼ ½
5	„	Nordwestb. fl.	187¾ ½
4	„	Lit. B. Elbthal „	209¼
5	„	Schweiz. Centralb. Fr.	129 50.30
4	„	Gotthardbahn „	140 20 60

Prioritäten.

5	%	Albrecht ö. W. 300 fl.	89,60.
5	„	„ in Gold 400 M.	—
5	„	Oesterr. Südbahn	104 40.
5	„	„ 1871	—
5	„	Ung.-Staatsb. 1873	—.
3	„	Staatsb. 1.—8. Em.	85,70.
3	„	„ 9. Em.	82 10.85
4	„	„ Ergänz.	82,30,
5	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107 50,

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½	%	Preuss. 100 Thlr.	154 —.
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	144 90,
4	„	Bayerische 100 Thlr.	144.40,80
4	„	Badische 100 Thlr.	139
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128 80,
3	„	Oldenburger 40 Thlr.	127,80,
4	„	Oest. v. 1854 fl. W. 250 fl.	124,80,
5	„	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	126,90.

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	108 40
Augsburger 7 fl.	30.29.90
Ansbacher 7 fl.	43.—.
Meininger 7 fl.	—
Pappenheimer	28 60.
Freiburger 15 Fr.	29,70.
Mailänder 45 Fr.	—
„ 10 Fr.	18.50.

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	168 65,75
Antwerpen 100 Fr.	80 90
Schweiz 100 Fr.	80.75 70
Wien 100 fl. ö. W.	172 50,
Paris 100 Fr.	81,60.85
London	20,370.

Pfandbriefe.

4	%	Rhein. Hypothekenbank	100,20
3½	„	„	95,10,
4	„	Bayer.	101.90,80
4	„	Württemb.	101.90 80

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	172 50
Amer. V. St. - u. E. B.	4.17

Goldsorten.

20-Franken-Stücke	16.24 — 20
„ „ in ½	16.22 — 18
Dukaten	9.70 — —
„ al marco	9.70 — —
Engl. Souvereigns	20,36 — 32
Russ. Imperials	16,65 — 70
Gold-Dollars	4.20 — 18

Reichsbank - Diskonto	3 %
Frankfurter Bank-Diskonto	3 %

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.